:antifaschistische nachrichten

Nr. 7

g 3336 28.3.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

„Junge Freiheit“ klagt

BERLIN. Die „Junge Freiheit“ hat Gerichtsverfahren gegen den Springer-Verlag und den Verlag der „Hamburger Morgenpost“ eingeleitet. Die Zeitungen hatten im Zusammenhang mit einem Beitrag des Hamburger Bausenators Mario Mettbach von der „Schill-Partei“ (PRO) in der „Jungen Freiheit“ diese als „NPD-Zeitung“ bzw. als vom „Verfassungsschutz als rechtsextrem eingeordnet“ bezeichnet. Als Reaktion auf die kritischen Beiträge verteilten Mitarbeiter des Blattes gemeinsam mit „freiwilligen Helfern aus dem studentischen Leserumfeld“ 13000 Exemplare der „Jungen Freiheit“ in Hamburg. Weitere 8000 Exemplare der Zeitung wurden in Berlin verteilt, so u.a. vor dem Bundesinnenministerium. „Es kann nicht hingenommen werden, daß seriöse Autoren und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, dass jeder einzelne Leser dieser Zeitung in den Geruch des Extremismus gebracht wird. Es muß möglich sein, in dieser Zeitung zu schreiben, sich zu äußern und diese Zeitung zu lesen, ohne sich bei irgendeiner staatlichen Institution dafür rechtfertigen zu müssen“, schreibt der „JF“-Chefredakteur Dieter Stein in seinem aktuellen Rundbrief. Unterstützung erhält das Blatt von einem bekannten Vertreter der Totalitarismus-These, Eckhard Jesse vom „Hannah-Arendt-Institut“, den Stein gerne zitiert. Jesse schrieb unlängst in der „Die Welt“ (4.2.02): „Offenkundig wird mit zweierlei Maß gemessen. Als linksextremistisch gilt vielfach nur noch eine gewalttätige Variante, als rechtsextremistisch hingegen bereits jede Form der ‚neuen Rechten‘. Wer im ‚Neuen Deutschland‘ einen Artikel schreibt, kommt ‚ungeschoren‘ davon; wer der ‚Jungen Freiheit‘ ein Interview gibt, provoziert eine Kampagne. Die Erosion der Abgrenzung zwischen demokratisch und extremistisch geschieht am linken, nicht am rechten Rand, wie gemeinhin behauptet“. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Frankreich: Präsidentschaftswahl mit oder ohne Neofaschisten? 8
Bundesrat stimmt Zuwanderungsgesetz zu - oder nicht? .. 11

Bundesrat stimmt für Zuwanderungsgesetz – Verfassungsstreit und rassistischer Bundestagswahlkampf sind jetzt absehbar.

Artikel von Stefan Keßler auf Seite 11

Dortmunder Behörden ermöglichen Großkonzert von Neonazis

Ein jeder Neonazi weltweit bekommt leuchtende Augen, wenn er von einem derartigen Konzert rechtzeitig erfährt. Gleich mehrere internationale Top-Bands der Hardcore-NS-Szene gaben sich am Samstag, dem 16.3., in Dortmund-Schüren die Ehre:

Die derzeit auf Europa-Tour befindliche Band „Intimidation one“ (Intimidation = Einschüchterung) aus Kanada, die hierfür sogar ein geplantes Konzert in Florida absagte, sowie die US-Band „Max Resist“. Aber auch drei der vier deutschen Bands sind international bekannt: Die gastgebende Band „Oidoxie“ aus Dortmund um Marco Gottschalk, „Hauptkampflinie“ (HKL) aus Kassel und „Legion of Thor“ aus Berlin. Lediglich die sechste und letzte Band, „Boots of Hate“, aus dem nordrhein-westfälischen Viersen ist bislang nur wenig bekannt, tritt aber in letzter Zeit immer häufiger auf Konzerten auf.

Bei einem derartigen Angebot wundert es also nicht, dass die „Event-Halle Dortmund“ gut gefüllt war. An Einschlägigkeit lassen alle der genannten Bands nicht missen. Betrachtern und Betrachterinnen der Homepage von „Intimidation One“ (www.intimidationone.com) springt beim Betreten der Startseite unmissverständlich ein Hakenkreuz entgegen, die „Blood and Honour“ Band „Max Resist“ (Maximum Resistance = größtmöglicher Widerstand) nannte sich zuvor „Hakenkreuz“ und trat zuletzt im Jahr 2000 anlässlich des „Ian Stuart Memorial Gigs“ in Deutschland auf. Bei Ian Stuart handelt es sich um den 1993 verstorbenen Gründer der internationalen Neonaziorganisation „Blood and Honour“, deren Deutschland-“Division“ im Jahr 2000 vom Bundesinnenministerium verboten wurde. „Blood and Honour“ geht es u.a. darum, über Musik(veranstaltungen) nationalsozialistische Ideologie zu vermitteln: „Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näherzubringen. Besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden“ formulierte einst Ian Stuart offen das Anliegen dieser Organisation.

Auch „Oidoxie“, Hauptkampflinie“ und „Legion of Thor“ stehen „Blood and Honour“ nahe. Die Oidoxie-CD „Schwarze Zukunft“ wurde auf staatsanwaltschaftlichen Beschluss beschlagnahmt, die HKL-CD „Völkermordzentrale“ am 31.8.2000 von der „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ indiziert. *Fortsetzung Seite 3*

Eine deutsche Burg in Polen?

NÜRNBERG. Nach Angaben der Sonntagsausgabe der „FAZ“ (17.3.02) plant der Bundesvorsitzende der etwa 30 000 Mitglieder umfassenden „Schlesischen Jugend“, Jürgen Hösl, eine Burg in Polen als „Tagungsstätte und Ausflugsziel“ für den Jugendverband der „Schlesischen Landsmannschaft“ anzumieten. Es ginge darum, den Jugendlichen etwas anbieten zu können, „damit die das Land kennen- und liebenlernen“.

In dem Gespräch mit der „FAZ“ am Rande einer Vorstandssitzung im Düsseldorfer „Gerhard-Hauptmann-Haus“ bezeichnete Hösl die Oder-Neiße-Grenze zu Polen als „Unrechtsgrenze“ und bezeichnet die Bombardierung Dresdens während des 2.Weltkriegs als „Bomben-Holocaust“. Auf der Grußkundgebung auf dem Deutschlandtreffen der „Landsmannschaft Schlesien“ im vergangenen Jahr war der seit Ende 1999 amtierende Hösl in seiner Rede für das „Recht auf Heimat, die Aufhebung der Vertreibungsdekrete und die Rückgängigmachung der Enteignungen“ eingetreten, weiß das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ (8/01) zu berichten. In einem Aufruf zu einer Demonstration der „Schlesischen Jugend“ unter dem Motto „Gegen das Vergessen“ am 17. Juni 2000 in Berlin, auf der Hösl nebst seiner Amtsvorgängerin Renate Sappelt sprach, hieß es u.a.: „Wir alle wissen, gegen welche verkommenen Wertmaßstäbe wir anzutreten haben: tausende Jugendliche bei gewalttätigen, anarchistischen Chaostagen, fast eine Million Jugendlicher, halb nackt und teilweise unter Drogen bei einer „Loveparade“ in Berlin“ und „die Vielfalt der Völker und Kulturen, die die Welt erst so interessant gestalten, somit auch unser Volk und unsere Kultur, wird durch eine ‚Multi-Kulti-One-World‘ zerstört.“

1997 wurde in „Nation und Europa“, der „Jungen Freiheit“ und den „Unabhängigen Nachrichten“ für „den bundesweit berühmt gewordenen Aufkleber des Nürnberger J. Hösl jun., Mitglied in „Junger Union“ und CSU,“ (UN 8/97) geworben, „der schon mehr als eine Million“ mal verbreitet worden sei und die Aufschrift trägt: „Nein zum Euro. Wir Deutschen vertrauen weiter in unsere Mark und lehnen den Zwangsumtausch in die Kunstwährung EURO ab!“. 1998 veröffentlichte die „Junge Freiheit“ (8/98) einen Aufruf von sieben Regionalbeauftragten der nationalistischen „Deutschland-Bewegung“, darunter Jürgen Hösl jun. aus Nürnberg, in dem u.a. vor „jeder Art von Ausgrenzung oder Diffamierung der Republikaner“ gewarnt wurde, „die weder verfassungsfeindlich noch in irgendeiner Weise radikal oder extremistisch“ seien. Verteidigt wurde dort auch der „konstruktive Dialog“ von Alfred Mechtersheimer mit der neofaschistischen Partei. *hma* ■

Herbert Gruhl gedacht

KÖNIGSWINTER. Die aus den „Unabhängigen Ökologen“ hervorgegangene „Herbert-Gruhl-Gesellschaft“ hat im vergangenen Oktober gemeinsam mit der „Stiftung für Ökologie und Demokratie“ im Adam-Steger-Haus der „Jakob-Kaiser-Stiftung“ in Königswinter anlässlich des 80. Geburtstages Herbert Gruhls eine Gedenkveranstaltung durchgeführt. Verliehen wurde dort der „Herbert-Gruhl-Preis“ an den frühereren SPD-Fraktionschef in NRW, Friedhelm Farthmann, der 1996 das Buch „Blick zurück im Zorn“ herausgegeben hatte. Farthmann war Referent bei der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn und u.a. Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, des „Ostpreußenblatt“ und des „Deutschland-Magazin“.

Ein Kai Schlengelmilch aus Trittins „Bundesministerium für Umwelt“ referierte auf dieser Veranstaltung über die angebliche Pionierleistung Gruhls, der „aufkommensneutralen ökologischen Steuerreform“. Der Schweizer Prof. Hans Christoph Binswanger von der Universität St.Gallen, Mitte der 90er Jahre Mitglied des „Ökologischen Rates“ der ÖDP, „Junge Freiheit“-Interview-partner und Redner bei den sog. Freiwirtschaftlern, sprach über regenerative Energien und der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Peter Paziorek, u.a. Referent bei den Vertriebenenverbänden, würdigte Gruhl als CDU-Umweltpolitiker der ersten Stunde. *hma* ■

Tagung in Pommersfelden

POMMERSFELDEN. Der „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ führt vom 19. bis 21. April seine Jahrestagung im Schloß Weißenstein bei Pommersfelden durch. Angekündigt werden Vorträge von Dr. Albrecht Jebens, ehemals Geschäftsführer der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“ und heute u.a. in der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ aktiv, Prof. Werner Obst, der ebenfalls schon als Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“ auftrat, der österreichische Professor Lothar Höbelt, „Junge Freiheit“-Autor und Interviewpartner des „Der Republikaner“, der Berliner CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer von den „Deutschen Konservativen“ und Ferdinand Fürst von Bismarck, der u.a. für die Otto-von-Bismarck-Stiftung tätig ist . *hma* ■

Warnung aus Litauen

LITAUEN/VILNIUS. In einem in Vilnius veröffentlichten Pastoralschreiben warnen die Bischöfe Litauens vor einen wachsenden Einfluss der „Priesterbruderschaft St. Pius X.“. Die Anhänger des verstorbenen französischen Erzbischofs Marcel Lefebvre zerstörten die Einheit der Kirche, warnen die Bischöfe. Die litauischen Katholiken werden aufgefordert, „Anwerbungsversuchen“ der „Priesterbruderschaft“ zu widerstehen. In einem Interview hatte der Vorsitzende der Litauischen Bischofskonferenz, Erzbischof Sigitas Tamkevicius, die Traditionalisten-Vereinigung unlängst als „gefährlicher als eine Sekte“ bezeichnet. Auch in der Bundesrepublik weitet sich die „Priesterbruderschaft“ weiter aus. Gottesdienste bzw. Niederlassungen gibt es mittlerweile schon in mehr als 40 Städten und Gemeinden. In der März-Ausgabe des „Mitteilungsblattes der Priesterbruderschaft St. Pius X.“ findet sich diesmal ein Beitrag von Steffen Ernle zum „Nationalen Ethikrat“. Ernle war Funktionär der Partei „Christliche Mitte“, schreibt für die neofaschistische Zeitschrift „Nation und Europa“ und gehört dem Vorstand des „Cannstatter Kreises“ an. Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes für das „Mitteilungsblatt“ ist Pater Markus Heggenberger, zugleich Distriktoberer der „Priesterbruderschaft“. Heggenberger trat 1997 beim „Cannstatter Kreis“ als Referent auf.

hma ■

Ausschreitungen beim Auflösen rechtsextremer Skinheadkonzerte

BERLIN. Die Zahl rechtsextremistischer Skinheadkonzerte ist im Jahr 2001 mit 80 (2000: 82) unverändert hoch geblieben, das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke hervor. Auch die Zahl der rechtsextremistischen Liederabende war mit 40 (2000: 44) nahezu gleichbleibend hoch. Während solcher Veranstaltungen kommt es in zahlreichen Fällen zur strafbaren Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen. Wie im Vorjahr waren 2001 ca. 100 rechtsextreme Skinhead-Bands aktiv, die Zahl der rechten Liedermacher ist auf neun (2000: 20) zurückgegangen. Ca. 40 Vertreiber boten 2001 (2000: 46) in größerem Umfang Tonträger mit rechtsextremistischen Inhalten sowie Skinhead-Utensilien an, dazu kommen zahlreiche Einzelanbieter.

Zur Finanzierung rechtsextremer Organisationen oder Parteien aus den Erlösen rechtsextremer Musikveranstaltungen liegen der Bundesregierung nur vereinzelte Erkenntnisse vor. Bekannt ist ihr aber, dass sich von 1997 bis 2001 die

Fortsetzung Seite 3

Am 17. August soll in Wunsiedel (Nordbayern) wieder der Aufmarsch zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß stattfinden. Heß war der zweite Mann in der NSDAP und wurde im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach seinem Selbstmord am 17. August 1987 avancierte er in rechten Kreisen zum „Märtyrer für Deutschland". Zu seinen Ehren finden jedes Jahr bundesweit „Heß-Gedenkwochen" statt. An seinem Todestag trifft sich an seinem Grab in Wunsiedel die komplette Nazi-„Prominenz" (Thomas Wulff, Jürgen Rieger, Christian Worch und andere Leitfiguren der Szene).

Wunsiedel hat mehr als nur regionale Bedeutung:

- Hier ist die Verherrlichung der NSDAP das zentrale Thema der Aktion.
- Hier marschieren sie nicht. um ihre kranken Theorien zu Nationalismus und Rassismus unters Volk zu bringen, sondern für einen Funktionär des Dritten Reichs.

Die Heß-Aufmärsche sind bereits bis 2010 angemeldet. Im Ort gibt es keinen nennenswerten Protest. Die deutsche Justiz hat entschieden, dass es rechtmäßig ist.Wir rufen auf zum Widerstand gegen den Heß-Marsch!

Es gab immer antifaschistische Gegenveranstaltungen. Im letzten Jahr waren wir nicht sehr erfolgreich, weil wir kaum Zeit hatten zur Mobilisierung, und weil man in Antifa-Kreisen die Bedeutung der Aktion weit unterschätzt hat.

Wenn unsere Mobilisierung in diesem Jahr kein durchschlagender Erfolg wird, führt das zu einer bundesweiten Stärkung der Nazi-Szene.

Das Grab in Wunsiedel wird zu einer Wallfahrtsstätte der Nazis und ihrer ideologischen Nachfolger. Ein alljährliches Treffen in Wunsiedel zu einem festen Termin wird ihre Strukturen stärken und vor allem ihr Bewusstsein, eine „unbesiegbare, eingeschworene Kameradschaft" zu sein.

Sie mobilisieren bundesweit.

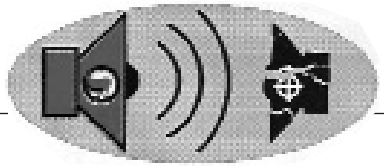
Wir auch.

AntifaGruppe Bayreuth, Postfach 110303, 95422 Bayreuth
wunsiedel@linkeseite.de ■

Fortsetzung von Seite 1

Insgesamt haben nach korrigierten Polizeiangaben vom 17.3. etwa 1.000 Personen, laut Angaben der Neonazis 1.200 bis 1.500 Personen an dem Konzert teilgenommen. Und was macht die Dortmunder Polizei? Sie besucht am Morgen des 16.3. den Vermieter der Lokalität und wirkt auf ihn ein, er möge doch den Mietvertrag trotz Erschleichung der Räumlichkeiten durch Angabe falscher Tatsachen nicht kündigen. Die Neonazis könnten sonst eventuell sauer reagieren und außer Kontrolle geraten. Die Öffentlichkeit wird erst gar nicht informiert. AnwohnerInnen sind ohne Vorwarnung mit hunderten von anreisenden Neonazis konfrontiert. Lediglich einige Zivilbeamte beobachten in Sichtweite zur Halle das Geschehen, „nicht ein einziger Wagen in Grün/Weiß [ist] zu sehen", freut sich später einer der Konzertbesucher im Internet. AntifaschistInnen, die Hinweisen im Internet nachgingen und das Konzert aufstöberten, wurden bei der telefonischen Kontaktaufnahme mit dem Dortmunder Polizeipräsidium ebenso dreist belogen, wie von ihnen informierte besorgte BürgerInnen, PresseVertreterInnen und sogar Bundestagsabgeordnete. Lediglich „wenige" Neonazis würden vor Ort eine private Geburtstagsparty feiern, es gäbe keinen Grund einzuschreiten und sich zu sorgen. Es würde mit „Oidoxie" auch „nur eine einzige Band" auftreten, von ausländischen Bands könne nicht die Rede sein. Das Ganze sei auch nicht öffentlich, was alleine schon dadurch widerlegt ist, dass für das Konzert via Internet geworben wurde und eine Kontakt-Telefonnummer für weitere Informationen bekannt gegeben wurde, so dass es Hunderten von rechten Jugendlichen möglich war, den Veranstaltungsort in Erfahrung zu bringen und pünktlich vor Ort zu sein. Jede/r, der/die den verlangten Eintritt von 15 Euro am Eingang entrichtete und vom Outfit her nicht völlig szene-untypisch auftrat, konnte an der Konzertveranstaltung teilnehmen. Es ist wie es immer ist: Wer sich bei der Bekämpfung des Faschismus auf Polizei, VS, auf staatliche Behörden überhaupt verlässt, ist verlassen! Die Dortmunder Polizei hat dieses einmal mehr eindrucksvoll bewiesen. Nehmen wir die Sache also weiterhin in die eigenen Hände! Keinen Fußbreit den Faschisten – weder in Dortmund, noch sonst irgendwo!

Antifaschistische Gruppen aus NRW ■



Großkonzert von Neonazis muss Konsequenzen haben

Zu dem Neonazi-Konzert am 16. März 2002 in Dortmund erklärt die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach:

Bei dem Neonazi-Konzert mit mehr als 1.000 Teilnehmern handelt es sich um eine der größten Veranstaltungen dieser Art. Es deutet alles darauf hin, dass die Dortmunder Polizei die Veranstaltung begünstigt und ermöglicht hat. Daraus müssen zum einen personelle Konsequenzen gezogen werden, zum anderen muss der Umgang mit Neonazi-Konzerten in NRW geändert werden. Bei dem Konzert in Dortmund traten zahlreiche bekannte und extrem agressive Nazibands auf. Neben den deutschen Bands „Oidoxie", „Hauptkampflinie", „Legion of Thor" und „Boots of Hate" auch die international bekannten Gruppen „Intimidation one" (Kanada) und „Max Resist" (USA). Es ist zum Beispiel amtlich bekannt, dass es bei Konzerten von „Oidoxie" immer wieder zu „Sieg Heil"-Rufen und anderen Straftaten kommt. Auf der Internetseite von „Intimidation one" finden sich zahlreiche Hakenkreuze, Hitlerbilder und volksverhetzende antisemitische Bilder, die in der Bundesrepublik Straftatbestände darstellen.

Die Funktion der Konzerte ist es, gerade Jugendlichen nationalsozialistische Ideologie mittels agressiver und zu Hass anstachelnder Liedtexte näherzubringen. Sie ermöglichen über diese (Un)kultur einen idealen und vorerst unverbindlichen Einstieg in die Szene.

Nach einem Hinweis aus der Bevölkerung habe ich mich am Abend des 16. März an die Dortmunder Polizei gewandt und sie aufgefordert, das Konzert zu beenden. Ich erhielt die irreführende und täuschende Information, es handele sich um eine „Privatveranstaltung" und es bestehe keinerlei Anlass zum Einschreiten. Nach Aussagen des Betreibers der Veranstaltungshalle, war das Konzert für 100 Personen angemeldet worden. Er sei am Morgen des 16. März von der Polizei gebeten worden „die Leute bloß rein zu lassen" und den Vertrag nicht zu kündigen. Wenn das zutreffend ist, hat die Polizei das Neonazi-Konzert begünstigt und ermöglicht, obwohl die Möglichkeit bestand es zu unterbinden.

Ich habe den Innenminister des Landes NRW Fritz Behrens brieflich um eine Untersuchung der Vorfälle gebeten. Wenn sich die Vorwürfe bestätigen, muss der zuständige Dortmunder Polizeipräsident abgelöst werden. Darüber hinaus ist der Umgang mit Neonazi-Konzerten in NRW insgesamt zu überprüfen. Mir sind mittlerweile auch andere Fälle kleinerer Veranstaltungen aus NRW bekannt, in denen Straftaten hingenommen oder neonazistische Propaganda beschönigt wird. Andere Bundesländer gehen dagegen weit konsequenter gegen derartige Veranstaltungen vor.

Fortsetzung von Seite 2

NPD, die JN sowie die „Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige eV.“ (HNG) auch mit Einnahmen aus rechtsextremen Musikveranstaltungen finanzierten.

In der rechtsextremistischen Skinhead-Szene gibt es nach wie vor zahlreiche Kontakte zwischen in- und ausländischen Bands, Vertreibern und Produzenten rechtsextremistischer Musik. Insbesondere die Produktion und der Vertrieb stellen einen grenzüberschreitenden Markt dar. Bei 30 rechtsextremen Musikveranstaltungen im Ausland traten 2001 17 deutsche Skinhead-Musikgruppen auf. 16 rechtsextreme Konzerte wurden im Jahr 2001 verboten, 2 fanden unter Auflagen statt, 14 Konzerte hat die Polizei nach Beginn bzw. während des Verlaufs aufgelöst. Im Zusammenhang mit Kontrollmaßnahmen zur Einhaltung der Verbotsverfügungen sowie bei der Auflösung der Konzerte durch die Polizei kam es in mehreren Fällen zu gewalttätigen Ausschreitungen seitens der Konzertteilnehmer. Dabei wurden Straftaten wie Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte verübt.

2001 wurden 16 Tonträger (2000: 20) und 4 Bücher/Broschüren (2000: 2) mit rechtsextremen Inhalten in die Liste der jugendgefährdenden Schriften eingetragen. Ca. 49 Verlage und Vertriebsdienste vertreiben rechtsextreme Publikationen.

All diese Zahlen geben Anlass zu größter Besorgnis. Eine weitgehend konspirativ vorgehende Netzwerk-Struktur mit zahlreichen Kontakten ins Ausland versorgt weiterhin insbesondere Jugendliche mit rechtsextremistischer Musik, schürt Rassismus und verherrlicht den Nationalsozialismus. Das Verbot von Blood&Honour im September 2000 hat offenbar nicht zu einem nennenswerten Rückgang rechtsextremer Musikveranstaltungen oder zu einem Rückgang bei dem Vertrieb und Verkauf rechter Tonträger beigetragen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss insbesondere im Hinblick auf Jugendliche verstärkt geführt werden. *BT-Ds. 14/ 8333,8337*

Ulla Jelpke ■

Alle „vergessenen Opfer“ der NS-Zeit entschädigen

Berlin. Das Bundesfinanzministerium (BMF) hat Entschädigungszahlungen für etwa 5.000 bisher nicht entschädigte ost- und mitteleuropäische Zwangsarbeiter der Nazi-Zeit bewilligt, sie sollen umgerechnet 6000 DM pro Opfer erhalten. Die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke hat dies begrüßt, fragt aber zu Recht: „Warum verfährt die Regierung nicht endlich auch mit anderen so genannten vergessenen Opfern so? Warum zeigt die Regierung gegenüber den Überlebenden der SS-Massaker in Griechenland, den italienischen Militärinternierten, den jüdischen Gemeinden in der Slowakei oder den Euthanasiegeschädigten nicht die gleiche Großzügigkeit wie jetzt gegenüber den ost- und mitteleuropäischen Opfern? Warum wird diesen Menschen nicht endlich auch eine humanitäre Geste zuteil? Mehr ist doch ohnehin nicht möglich. Die finanziellen Beträge, um die es bei diesen Opfergruppen geht, können nicht das Problem sein. Ein paar Truppentransporter weniger für Scharping, und das Geld wäre da.“ *PM Ulla Jelpke* ■

Antifa-Demo in Lichtenberg

Berlin, Samstag 20. April 2002
U Bhf.- Tierpark 12 Uhr

Am 20. April 2002 rufen antifaschistische Gruppen zu einer Demonstration durch Berlin-Lichtenberg auf. Sie soll der Abschluss einer kleinen antifaschistischen und antirassistischen Aktionswoche sein. Es soll auf die rechtsextremen Zusammenhänge in diesem Bezirk aufmerksam gemacht werden, auch um es den Nazis in ihren „sicheren Rückzugsgebieten“ etwas ungemütlicher zu machen. NPD und JN sowie die „Freien Kameradschaften“ betrachten den Bezirk als einen ihrer Berliner Schwerpunkte.

Vor Wahlen hängt an jeder zweiten Laterne ein Naziplakat, der Bezirk ist oft mit Naziaufklebern übersät. Die Weitlingstraße, ein von Nazis besetztes Haus, aber auch das Cafe Germania lagen in Lichtenberg. Nach antifaschistischen Protesten mussten beide aufgeben. Am 1. Mai 1993 marschierte hier die FAP, 2001 die Kameradschaft Germania. Der jüngste Nazitreff, das „Prozentehaus“ in Altfriedrichsfelde hat erst vor wenigen Wochen geschlossen. Der Anti-Antifaaktivist Oliver Schweigert hat hier schon seit längerem seinen Wohnsitz. Er war schon 1990 in der Weitlingstraße dabei.

Überdies ist der 20. April der Geburtstag Hitlers und alljährlich für viele Nazis ein Anlass zu „feiern“ und dabei gezielt Jagd auf andersaussehende, andersdenkende Menschen, insbesondere Flüchtlinge und MigrantInnen zu machen. Diese „Parties“ sollen nicht ungestört stattfinden und es soll nicht abgewartet werden, bis die Nazis am 1. Mai – auf die Straße gehen: 1. Mai – nazifrei!

Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) / AGIP / Gruppe 17.3 / Vorbereitungsgruppe 20.4./ Antichipkarteninitiative ■

Gedenkstätte für ehemalige jüdische Schülerinnen

Frankfurt. Die „Gedenkstätte für ehemalige jüdische Viktoriaschülerinnen“ ist ein Projekt der Schülervertretung der Bettinaschule in Frankfurt. 1947 wurde die Viktoriaschule auf amerikanische Anordnung in Bettinaschule umbenannt. Ihre Vorgängerschule, die Viktoriaschule, war ab 1908 ein Lyzeum, auf dem die Hochschulreife erlangt werden konnte.

Während der NS-Zeit wurde ein überzeugter Nationalsozialist Leiter der Viktoriaschule, ein bewusster Schachzug der Nationalsozialisten, da die Viktoriaschule einen hohen Anteil an Schülerinnen jüdischen Glaubens zählte. Insgesamt 183 Schülerinnen mussten ab 1933 die Schule verlassen, ihnen gilt diese Gedenkstätte. Die Namen der Schülerinnen, Ergebnisse der Recherchen, Akten und Bilder sind in Archiv und Museum zu finden. Durch die Gedenkstätte sollen die ehemaligen, jüdischen Mitschülerinnen symbolisch wieder in die Schulgemeinde aufgenommen werden.

Die Gedenkstätte wird aus zwei Elementen bestehen, einem „offenen“ Gedenkarchiv in der Schule und einem Denkmal auf dem Schulhof. Dort wird eine geborstene, schwarz-weiße Mauer stehen, die für jede der ehemaligen Viktoriaschülerinnen ein Namensplättchen trägt. Um einen Gingkobaum gruppieren sich kreisförmig 4 Bänke. Eine Bank ist aus dem Kreis herausgedreht und trägt die Inschrift für die Gedenkstätte. Weitere Informationen unter

www.gedenkarchiv.de ■

Anschläge auf sowjetische Denkmäler und jüdischen Friedhof in Berlin

Berlin. Am Samstag, 16.3. sind offensichtlich von Neofaschisten mehrere Terroranschläge verübt worden. Vormittags wurde das sowjetische Ehrenmal auf dem Städtischen Friedhof in Berlin-Marzahn geschändet. Grabsteine von im Zweiten Weltkrieg gefallenen sowjetischen Soldaten wurden umgestoßen und mit Hakenkreuzen besprüht. Ebenfalls in Berlin warfen Unbekannte gegen 19.40 Uhr einen Sprengsatz über den Zaun des jüdischen Friedhofs im Stadtteil Charlottenburg. Dabei ging eine Gehwegplatte zu Bruch, mehrere Fenster und Kränze wurden zerstört. Derselbe Friedhof war bereits im Dezember 1998 Ziel eines antisemitischen Anschlags geworden. Damals zerstörte ein in eine Gasflasche eingebauter Sprengsatz die Platte am Grab des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski. Die Täter sind bis heute nicht ermittelt worden.

Auch in Ahlbeck auf der Insel Usedom hat es am Wochenende einen Anschlag mit der Handschrift von Neonazis gegeben. Wie in Marzahn war auch hier das Ziel ein Denkmal für im Zweiten Weltkrieg gefallene Soldaten der Roten Armee. In der Nacht zum Sonntag hatten die Täter einen Molotow-Cocktail gegen das Denkmal geschleudert.

Fortsetzung Seite 6

Neues Konzept der NPD?

Regelmäßiges „Auftauchen“ in Barsinghausen

Unter der Überschrift „Dem braunen Spuk ein Ende bereiten. Barsinghäuser demonstrierten gegen rechte Jugendliche“ berichtete die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ am 2.2.02 über faschistische Aktivitäten in Barsinghausen, einer Nachbargemeinde von Hannover.

„Hakenkreuze an der Ernst-Reuter-Schule in Barsinghausen, an Klosterwänden und am Rathaus haben Polizei und Politiker aufgeschreckt. Kurzerhand wurde ein „Bündnis gegen Rechts“ gegründet, und 400 Menschen zogen am Wochenende demonstrierend durch die Innenstadt. Seit Jahren wird in und um Barsinghausen hinter vorgehaltener Hand von einem „braunen Sumpf“ gesprochen. Von gefestigten rechten Strukturen wollen die Staatsschützer zwar nicht sprechen. „Aber wir wehren uns gegen Anfänge“, sagte Bürgermeister Klaus-Detlef Richter auf der Kundgebung. SPD-Ratsherr Thomas Wittschurky geht sogar noch weiter und fordert, dem „braunen Spuk ein Ende zu bereiten“.

Vor einem Jahr siedelten sich in Barsinghausen die Jungen Nationaldemokraten an, vor zwei Wochen gründete auch der Nachwuchs der Republikaner einen Stadtverband. In der vergangenen Woche hatten Unbekannte zahlreiche Gebäude mit Hakenkreuzen beschmiert – und für das Wochenende hatten die Jungen Nationaldemokraten einen Informationsstand in der Innenstadt angemeldet. „Da konnten wir nicht mehr zuschauen“, sagt der Vertreter der Jungsozialisten. Innerhalb weniger Stunden gründete er mit Unterstützung der anderen Parteien aus dem Stadtrat das Bündnis – am Wochenende folgten 400 Menschen dem Aufruf zur Demonstration. Nach der Kundgebung postierten sich die Demonstranten nur zwei Meter vom Stand der Nationaldemokraten entfernt. Die 20 jungen Männer packten daraufhin ihre Sachen zusammen und den Stand ab.

Barsinghausen und die Rechtsradikalen – das ist in unregelmäßigen Abständen immer wieder ein Thema. Eine Kneipe, ein Keller in der Innenstadt, soll Treffpunkt der Radikalen sein. Und auch ein Vorfall im benachbarten Holtensen ist noch gut in Erinnerung. Der Treff der Landjugend in dem Wennigser Ortsteil hatte sich zu einem Sammelbecken rechtsradikaler Jugendlicher aus dem Westen der Region entwickelt. Nazi-Lieder wurden gesungen, Parolen an Häuserwände geschmiert, und auf einer Geburtstagsfeier wurden zwei 14- und 15jährige zusammengeschlagen. Außerdem hatte ein Kern von zwölf rechtsradikalen Jugendlichen versucht, ausländerfeindliche Parolen zu verbreiten. Der Jugendtreff wurde daraufhin geschlossen.“

Für den 9.3.02 hatte die NPD erneut einen Stand angemeldet und durchgeführt. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ hetzte diesmal in ihrem Artikel vor allem gegen die Gegner des Naziaufmarschs: „Steine und Flaschen fliegen, Skinheads und linke Gegendemonstranten beschimpfen sich, die Polizei riegelt mit zwei Hundertschaften Straßen ab, um die Lage wieder unter Kontrolle zu bekommen. Ein Polizist und ein Demonstrant wurden leicht verletzt. 18 linke Protestler festgenommen, gegen zehn ermittelt die Polizei wegen Landesfriedensbruch.“

An die 600 Demonstranten hatte das „Bündnis gegen Rechts Barsinghausen“ auf die Beine gebracht, ein Zusammenschluss unter anderem der örtlichen SPD und der Jungen Union, von Gewerkschaften und Schulen. Als Gegendemonstranten den Abmarsch der Rechten Richtung Bahnhof gegen 13 Uhr mit einer Sitzblockade verhindern wollten, machten Bereitschaftspolizisten die Straße mit Gewalt frei – nur durch Zufall wurde niemand schwer verletzt.

Bürgermeister Richter - so die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vermutet, die Deisterstadt werde als „Brückenkopf Richtung Hannover“ missbraucht. „Soll das jetzt so weitergehen?“ fragt er Richter kann sich „etwas Besseres vorstellen für Barsinghausen“ – und er überlegt, ob es nicht klüger wäre, den nächsten Info-Stand der NPD „einfach zu ignorieren“.

Dies wäre äußerst unklug, denn die NPD hat für den 27. April erneut zu einem Treffen in Barsinghausen aufgerufen. Der Protest dagegen wird derzeit organisiert.

bee ■

„Keine Kriminalisierung von Antifaschisten – Polizei wollte Randale

Der PDS-Regionsabgeordnete und Teilnehmer der Demonstration gegen die NPD in Barsinghausen, Stefan Müller, hat das martialische Auftreten der Polizei und insbesondere des Bundesgrenzschutzes kritisiert. Die Botschaft, die davon ausgehe sei, dass nicht die NPD den Rechtstaat gefährde, sondern die jungen Antifaschisten. Außerdem sei die Gewalt zumindest beim Abzug der NPD zuerst von der Polizei ausgegangen, die einen Knüppeleinsatz gegen eine Sitzblockade durchgeführt hätte. Müller fragt sich auch, warum gerade dieser Weg gewählt wurde, um die Neofaschisten von ihrem Kundgebungsort zu geleiten. Vier andere Abgänge, die nur wenig blockiert waren, standen ebenfalls zur Verfügung. Scheinbar wollte man Nazi-Gegner einschüchtern um künftige Demonstrationen zu verhindern. Dabei gelte es zu berücksichtigen, dass z.Z. ein Verbotsverfahren gegen die NPD laufe, dass von allen Parteien im Bundestag – von CSU bis PDS – unterstützt werde. Deshalb dürften öffentliche Aktivitäten der NPD auch nicht ignoriert werden. Die PDS fordert, dass gegen vorübergehend festgenommene Antifaschisten keine Ermittlungsverfahren eingeleitet werden. Hier werde mit zweierlei Maß gemessen: Wenn Nazis andere Menschen mit Baseballschlägern brutal zusammenschlügen, passiere gar nichts; ein Eierwurf dagegen werde als gefährliches Delikt verfolgt. *PM Stefan Müller* ■

Fortsetzung von Seite 4

Der Brandsatz traf den Betonsockel, der durch Brandspuren beschädigt wurde.

Die Anschläge vom Wochenende sind Teil des neofaschistischen Terrors, der in den letzten Wochen an Intensität zugenommen hat. Anfang März hatten sich in Mecklenburg-Vorpommern zahlreiche Denkmal- und Friedhofsschändungen ereignet. Nach Meinung von Staatsschützern sind insbesondere die Sprengstoffanschläge auf Galinskis Grab sowie drei Monate später in Saarbrücken auf die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung Belege dafür, dass im neofaschistischen Spektrum eine gewaltorientierte Strategie zur Durchsetzung politischer Ziele zunehmend befürwortet wird.

Mahmoud Bersani ■

CDU/CSU neue Heimat für Rechtsextremisten?

BERLIN. Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Geis hat Signale an die Rechtsextremisten aller Schattierungen ausgesandt, die ein mögliches NPD-Verbot verunsichert hat. Nach seinen Äußerungen gegen Homosexuelle und für die rassistische Losung „Deutschland den Deutschen" bietet Geis nun die CDU/CSU als Heimat für Rechtsextremisten an, indem er behauptet, die Wehrmachtsausstellung hätte die Soldaten der Wehrmacht pauschal als Mitglieder einer Verbrecherbande ausgewiesen, und Deserteure seien wegen ihres „verwerflichen Handelns" in der Regel keine Widerstandskämpfer gewesen. Geis wandte sich im Bundestag gegen Offiziere, die ihre „jungen Soldaten im Stich gelassen" hätten. An gleicher Stelle pries er diejenigen, die den faschistischen Krieg bis zum Schluss führten und „ausgehalten haben". Indirekt hat Geis damit zugleich auch die Männer des 20. Juli 1944 verurteilt, die sich gegen die Wehrmachtsführung stellten. Wenn die CDU/CSU-Führung sich nicht von den Äußerungen ihres Sprechers distanziere, so offenbare sie damit eine verhängnisvolle Rolle in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um ein NPD-Verbot: Rechtsextremistisches Gehabe werde zwar verurteilt, zugleich werden aber neonazistische politische Inhalte bekräftigt, heißt es in einer Stellungnahme der VVN-BdA zu den Ausführungen Norbert Geis'.

PM Ulrich Sander,
Bundessprecher VVN-BdA ■

151 Opfer entschädigt – 52 Anträge zurückgewiesen

BERLIN. Im Jahr 2001 wurden insgesamt 210 Anträge auf Entschädigung aus dem Härtefall-Fonds für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe gestellt. 151 Personen erhielten Entschädigungen in Höhe von 500 bis 500.000 DM. 29 der Opfer, die eine Entschädigung erhielten, waren deutsche Staatsangehörige, d.h. der Großteil der Opfer rechter Gewalt sind weiterhin Flüchtlinge und MigrantInnen. Insgesamt wurden von den 10 Mio. DM im Härtefall-Fonds bereit gestellten Mitteln 2.640.000 DM ausgezahlt. 52 Entschädigungsanträge wurden abgelehnt. 31 Ablehnungen erfolgten, weil „kein rechtsextremistischer Tathintergrund erkennbar war". Diese Zahl ist irritierend hoch. Seit Jahren verweisen Medien und Öffentlichkeit immer wieder auf die Tatsache, dass Polizei und Justiz oft schon von vornherein einen politischen Tathintergrund ausschließen, obwohl Zeugen, Täterbiographien und Tatumstände offenkundig auf rechtsextremen Hintergrund weisen. Es besteht daher dringender Anlass zur Sorge, dass Opfer keine Entschädigung erhalten, weil ein Beamter oder Richter auf dem rechten Auge blind ist

Nazis als Opfer

In Pirna begann am 12.3.2002 der Prozess gegen Familie Sendilmen. Wer sind die Opfer, wer die Täter?

Situation in Pirna

„Ausländer haben hier zu warten! Sie können ihre Wünsche äußern. Unmittelbar in das Geschäft nur noch mit Begleitperson (Mitarbeiter, Chefin)" stand monatelang auf einem Schild der Pirnaer Drogerie „Sonneneck". Probleme mit dem Schild hatten die Pirnaer nicht – wohl aber mit denen, die diesen Skandal Anfang Januar öffentlich machten. So wirft der Chef des Tourismusvereins Pirna, Steffen Kandalofsky, der Sächsischen Zeitung „Nestbeschmutzung" vor. Die SächsZ hätte mit ihrem Bericht der Stadt Pirna nachhaltigen Schaden zugefügt (SächZ, 19.1.02).

Helmar-Leo Blech, ehemaliger Polizeichef von Pirna, geht von ca. 120 gewaltbereiten Skinheads im Landkreis Sächsische Schweiz aus, bei denen „kein Gespräch, sondern nur noch das Gesetz" helfe (SächsZ, 23.02.02). Bemerkenswert in diesem Zusammenhang: Bei der dem SSS-Verbot im Juni 2000 vorangegangenen Razzia, bei der in 51 Wohnungen neben zahlreichem Propagandamaterial über zwei Kilo TNT, Sprenggranaten, scharfe Zündvorrichtungen, verschiedenste Patronen und Feuerwaffen, moderne Gewehre und Pistolen gefunden wurden, kamen keine Polizeieinheiten aus der Region zum Einsatz. Nach Angaben des Landeskriminalamtes sind Pirnaer BeamtInnen zu eng mit der örtlichen rechten Szene verbunden.

Mehrfache Angriffe gegen Antalya Grill

Dass regelmäßig, teils auf Internetseiten der SSS angekündigte Angriffe von Neonazis auf den Antalya-Grill stattfinden, dürfte inzwischen hinlänglich bekannt sein. Am 4. November 2000 zum Beispiel fand eine von der „Zivilcourage Pirna" organisierte Demonstration gegen rechte Gewalt statt. Diese wurde von ca. 100 Neonazis mit Flaschen und Steinen angegriffen. Nachdem die „völlig überforderte" Polizei irgendwann die Neonazis von der Demo abgedrängt hatte, sammelten sich die Neonazis vor dem Antalya-Grill. Die Polizei sah sich nicht in der Aufgabe, den Imbiss vor den Neonazis zu schützen. Auch die „Zivilcouragierten" sahen keine Grund einzugreifen und zogen es vor, woanders weiter gegen Gewalt zu demonstrieren.

In dieser Situation ist es absurd zu erwarten, dass Familie Sendilmen dasitzt und wartet, bis sie zusammengeschlagen wird. Die Familie Sendilmen rief des öfteren die Polizei, jedes Mal wenn sich ein größerer Mob von Neonazis vor dem Grill gesammelt hatte. Die Beamten kamen meist nach ca. 20 Minuten und sahen es auch dann häufig nicht als ihre Aufgabe an, gegen die angreifenden Neonazis vorzugehen. Die Ermittlungen, die infolge der Anzeigen gegen die Neonazis stattfanden, wurden inzwischen alle eingestellt, ohne dass es zu Strafverfahren kam. Teilweise weigerte sich die Polizei, Aussagen von Zeuginnen, welche Überfälle beobachtet hatten, aufzunehmen. Statt dessen zeichnen Polizei, Lokalpresse & Bevölkerung das Bild von „gewalttätigen Ausländern", welche die ortsansässige Bevölkerung bedrohen würden. Pirnaer Lehrerinnen fordern ihre Schüler auf, den Imbiss zu boykottieren.

Dass am 12.März die angegriffene Familie vor dem Pirnaer Amtsgericht auf der Anklagebank sitzt und nicht die Neonazis, ist der rechtsstaatliche Gipfel der im Pirnaer Alltag zelebrierten Opfer-Täter-Verdrehung. Mehrere Neonazis, darunter viele Mitglieder der ehemaligen SSS, stellten Strafanzeigen gegen die Imbissbetreiberinnen. Neonazis gehen gerichtlich gegen die von ihnen Angegriffenen vor, weil diese sich nicht passiv und ohne Gegenwehr beleidigen, bedrohen und zusammenschlagen lassen. Während die polizeilichen Ermittlungen nach Anzeigen von Familie Sendilmen gegen Neonazis immer im Sand verlaufen, drohen nun den Betroffenen des rassistischen Normalzustandes Haftstrafen wegen Körperverletzung.

Antirassistische Gruppe Dresden ■

und seinen Dienstbezirk davor schützen will, als „rechte Hochburg“ in Verruf zu kommen.

Sieben Entschädigungsanträge wurden abgelehnt, weil die Antragsteller vor dem 1. Januar 1999 Opfer einer rechtsextrem motivierten Gewalttat geworden seien. Aus dem Härtefall-Fonds erhält jedoch nur Entschädigung, wer nach diesem Stichtag Opfer von Neonazis wurde. Die Bundesregierung hält eine Aufweichung dieser Regelung auch angesichts der Tatsache, dass der Härtefall-Fonds im Jahr 2001 nur zu rund 25% ausgeschöpft wurde, nicht für geboten. Der Härtefall-Fonds habe den Zweck der „Soforthilfe“ und sei insofern nicht übertragbar, erklärt die Regierung lapidar. Die Weigerung der Regierung, bereitstehende Gelder den Opfern zukommen zu lassen, ist ein Affront gegenüber den Opfern. Das übrig gebliebene Geld sollte den bisher abgelehnten Antragstellern zu gute kommen. Alle Fälle, in denen bisher ein politischer Tathintergrund ausgeschlossen wurde, sollten noch einmal überprüft werden.

PM Ulla Jelpke ■

Schill-Partei will „Sicherheitswacht“ – Faschisten rufen zur Beteiligung auf

HAMBURG. Die Schill-Partei hat ein Konzept vorgelegt, wonach in jedem Hamburger Bezirk dreißig Streifengänger für 7.50 pro Stunde dort präsent sein sollen, „wo Straftaten drohen“, die Polizei aber nicht ständig präsent sein kann – etwa in Parks oder großen Wohnsiedlungen. Sie sollen mit Pfefferspray und Funkgerät ausgerüstet sein, Personen anhalten und Personalien feststellen können sowie Platzverweise erteilen können. Während die Polizeigewerkschaften dies für Aufgaben von „professionellen Polizisten“ halten und die FDP die Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols fürchtet, kann sich CDU-Sprecher Vahldieck solche Hilfssheriffs gut vorstellen. Die Faschisten vom „Aktionsbüro Norddeutschland“ haben auf ihrer Internetseite die „Freien Nationalisten“ zur aktiven Mitarbeit in der „Sicherheitswacht“ aufgefordert. „Wir verstehen die vorrangige Aufgabe als unabhängige Alternative zur Polizeiarbeit“. Anwohner könnten organisiert in der Bürgerwehr eher „auf Konfliktherde aufmerksam machen als die Polizei“: „Zum Beispiel die tägliche Tyrannei ganzer Stadtteile durch Ausländer- und Multikultibanden, multikulturelle Brennpunkte Marke Mümmelmannsberg könnten ‚entschärft’ werden.“ Für Innenbehördensprecher Model noch kein Grund, das Thema private Sicherheitswacht abzuhaken. Man sehe jedoch das Problem, dass Kriminelle und Rechtsradikale dort einsickern könnten, so Model: Die fachliche Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. *ulj* ■

NPD-Parteitag: Keine Presse zugelassen

Am 16. März fand bei Königslutter (Niedersachsen) der 29. ordentliche Parteitag der NPD statt. Beherrschende Themen waren das Verbotsverfahren, die V-Männer und der Richtungsstreit innerhalb der NPD.

207 Delegierte und noch einmal 200 geladene Besucher nahmen laut Eigenangaben der NPD an dem Parteitag „ohne Störungen durch Antifa-Banden oder sonstige Kriminelle“ teil. Die Presse berichtete kaum, auch deshalb, weil sie nicht zum Parteitag zugelassen wurde. „Die Anwesenheit der Presse während des gesamten Parteitages, allein die damit verbundene Möglichkeit der Anfertigung gezielter Portraitaufnahmen von Delegierten und Gästen, würde zu erheblichem Unmut und zu dauernder Unruhe führen.“ heißt es in der Begründung der NPD-Spitze. Eine größere Rolle spielte vermutlich dabei, dass befürchtet wurde, Journalisten könnten live erleben, wie man sich gegenseitig der Spitzeltätigkeit beschuldigt. Außerdem wurden Auseinandersetzungen mit der „Revolutionären Plattform“ befürchtet, die nicht unbedingt an die Öffentlichkeit sollten. Diese Strömung, die vor allem in Schleswig-Holstein, Berlin-Brandenburg und im Raum Dresden stark vertreten ist, plädiert für offensives Auftreten in der Öffentlichkeit – die Parteiführung hatte zu Mäßigung in Bezug auf Aufmärsche geraten wegen des anstehenden Parteiverbotsverfahrens. Steffen Hupka, Wortführer der Militanten und inzwischen aus der Partei ausgeschlossen, nennt den Vorstand in einem im Vorfeld des Parteitags verbreiteten Rundbrief „oppositioneller NPD-Kräfte“ einen „Klüngel aus V-Leuten und deren Unterstützern“, der „politisch und charakterlich unakzeptabel“ sei. (Zeit, 21.3.02)

Die Auseinandersetzung blieb allerdings aus. Nur bei der Wahl des Vorstands gab es mit Günter Deckert einen Gegenkandidaten zu Voigt, der mit 155 Ja-Stimmen (Deckert 42) aber im Amt bestätigt wurde – allerdings mit dem schwächsten Ergebnis seit seinem Amtsantritt 1996. Stellvertretende Parteivorsitzende wurden Holger Apfel, Jürgen Schön und Ulrich Eigenfeld. Hans-Günther Eisenecker, Landeschef in Mecklenburg-Vorpommern verzichtete auf eine Kandidatur, wird aber weiter die NPD im Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten. Beisitzer blieben Erwin Kemna, Klaus Beier, Frank Schwerdt, Sascha Rossmüller, Doris Zutt, Martin Laus, Peter Marx und Stefan Lux. Neu hinzugekommen sind Uwe Leichsenring (Stadtrat), Jürgen Gansel, Alexander Delle, Karola Nachtigall, Stefan Köster, Manfred Börm und Friedrich Preuß (Stadtrat).

In seiner Rede auf dem Parteitag versuchte Voigt Optimismus zu verbreiten. Er räumte ein, die Partei stehe „derzeit unter dem größten Druck von Seiten der Herrschenden seit ihrer Existenz“, sie durchlebe aber auch „eine noch nie da gewesene öffentliche Aufmerksamkeit, die dazu geführt habe, dass man die NPD heute nicht nur in Deutschland kennt, sondern auf der ganzen Welt“. In einer einstündigen Rede legte Anwalt Horst Mahler dar, dass er der festen Überzeugung sei, die Bundesverfassungsrichter werden für die NPD positiv entscheiden. Er warnte davor, die Verteidigung dürfe sich nicht in Detailfragen verzetteln. Seit dem Verbotsantrag habe man „an die zehn V-Leute“ enttarnt. Inwieweit weitere „agent provocateurs ausländischer Geheimdienste in der NPD wirkten, werde natürlich eine erhebliche Rolle im Verbotsverfahren spielen“. Die Strategie im Verfahren wird also voraussichtlich sein, alle für das Verbot relevanten Beweise im wesentlichen dadurch zu entkräften, dass dafür V-Leute verantwortlich zu machen sind und keinesfalls die NPD als Partei. Die Verzögerung im Verbotsverfahren hat letztlich auch dazu geführt, dass Voigt mitteilen konnte, die NPD habe bereits in allen 16 Bundesländern Listen zur Bundestagswahl am 22. September aufgestellt und werde flächendeckend antreten. Parteisprecher Klaus Beier nannte als Schwerpunkte des Wahlkampfs die Themen: „Globalisierung, Einwanderung und Frieden“, dazu zähle die Ablehnung des US-amerikanischen Angriffskrieges und auch die neuen Atomwaffenpläne.

Am 1. Mai will die NPD wieder marschieren: in Nürnberg, Dresden, Göttingen und Berlin. Am Ende scheint diese Partei noch nicht zu sein. Für Antifaschisten viel Arbeit im Wahljahr 2002! *u.b.*■

Frankreich:
Präsidentschaftswahl mit oder ohne Neofaschisten ??

In Frankreich findet am 21. April (erster Wahlgang) und 5. Mai (Stichwahl zwischen den beiden bestplazierten Kandidaten) die nächste Präsidentschaftswahl statt. Auf sie folgen am 9. und 16. Juni diesen Jahres die Parlamentswahlen, ebenfalls mit zwei Wahlgängen.

Bei der letzten Präsidentschaftswahl hatte der rechtsextreme Politiker Jean-Marie Le Pen im ersten Wahlgang, am 23. April 1995, exakt 15 Prozent der Stimmen erhalten. Beim ersten Durchgang der letzten Parlamentswahl am 25. Mai 1997 hatte seine Partei, der Front National (FN), ebenfalls 15 Prozent der Stimmen erreicht. Das war vor der Spaltung der neofaschistischen Partei, die zum Jahreswechsel 1998/99 erfolgte.

Dieses Mal ist manches anders, und vor allem ist bisher unklar, ob einer der beiden rechtsextremen Präsidentschaftskandidaten – Jean-Marie Le Pen und Bruno Mégret — (oder keiner von beiden, oder aber alle beide) die adminstrativen Voraussetzungen erfüllen wird, um antreten zu können.

■ Le Pen wittert Bananenrepublik...

Nicht weniger als eine „Staatsaffäre“ verspricht Jean-Marie Le Pen, und droht: „Das würde Lärm hervorrufen. Man eliminiert nicht durch einen Federstrich den, der 4,5 Millionen Stimmen erreicht hat. Das läuft in Managua oder in Porto Rico“ aber nicht in Frankreich, folgt man dem Chef des rechtsextremen Front National (FN). Dieser wird gar drohend, und malt mal den „Sturz des Hauses Chirac“ an die Wand, mal sogar „die Niederlage von Jacques Chirac und, warum nicht, auch (die seines aussichtsreichsten Widersachers) Lionel Jospin.“ Auf welchem Weg er gleich beiden Bewerbern der großen Parteien den Weg verbauen will, bleibt freilich sein Geheimnis. Daher zieht er meist vor, dem Lager Chiracs anzudrohen, es „unterschreibe sein Todesurteil“, und er, Le Pen, könne dem Rivalen Jospin den Sieg garantieren, denn die Wähler „würden sich grausam rächen“ – so der FN-Vorsitzende im Interview des *Figaro* vom 7. März.

Le Pen – der anlässlich der Präsidentschaftswahl 1995 in absoluten Zahlen 4,57 Millionen Stimmen bekommen hatte – spricht von dem Fall, dass er nicht zur diesjährigen Wahl des Staatspräsidenten antreten kann. Bis zum Dienstag, dem 2. April diesen Jahres um Mitternacht haben die Kandidaten und Kandidatinnen Zeit, um 500 Unterstützungs-Unterschriften von Mandatsträgern der Republik vorzulegen. Am 4. April wird das Verfassungsgericht dann, nach Auswertung der Formulare, die Liste jener Kandidaten verkünden, die die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen. Unterschreiben können Bürgermeister, Abgeordnete von Départements-, Regional-, nationalem und Europaparlament, während einfache Kommunalparlamentarier ausgeschlossen sind. Dieser „Filter“ war eingeführt worden, um unseriöse Politclowns von der Kandidatur zum höchsten Amt im französischen Staat abzuhalten, denn nach dem Verständnis des Gründers der Präsidialrepublik von 1958 – Charles de Gaulle – sollte diese Wahl den wichtigsten Moment im politischen Leben des Landes darstellen.

Doch real ist die Hürde mittlerweile zum echten Hindernis selbst für BewerberInnen, die reale politische Kräfte im Land vertreten, geworden. Kleinere Parteien, auf der Linken beispielsweise die Grünen und mindestens zwei trotzkistische Parteien, dürften dennoch auch in diesem Jahr höchstwahrscheinlich die Hürde nehmen, ohne selbst über die erforderliche Zahl von Mandatsträgern zu verfügen. Hintergrund dafür ist, dass viele Mandatsträger, vor allem die oft parteilosen Bürgermeister kleinerer Gemeinden (Frankreich hat nicht weniger als 36.700 Kommunen, von denen eine stattliche Anzahl zwischen 100 und 1000 Einwohner haben) im Namen der Demokratie und des Pluralismus für „kleinere“ Kandidaten unterschreiben.

Für rechtsextreme Kandidaten freilich sieht die Lage nochmals anders aus : Die Veröffentlichung ihrer Namen könnte hier die Bürgermeister oder Parlamentarier in einen unangenehmen Geruch bringen. Seit 1988 wird die Liste der Mandatsträger, die für einen der Kandidaten unterschrieben haben, mehrere Tage lang in den Räumen des Verfassungsgerichts ausgehängt und ist dort öffentlich zugänglich.

In diesem Jahr informierte die Wahlkampfmannschaft des bürgerlich-konservativen Kandidaten (und Amtsinhabers) Jacques Chirac die Bürgermeister durch ein Schreiben, ihre Unterschriften würden im Journal officiel – dem Amts- und Gesetzblatt – abgedruckt, um noch ein wenig mehr Druck auszuüben.

Vor der Wahl im Jahr 1981 war die Anzahl der erforderlichen „Patenschaften“ von Mandatsträgern, wie sie auch genannt werden, von zuvor 100 auf 500 erhöht worden. Das hatte damals bereits Jean-Marie Le Pen am Antreten gehindert: Der rechtsextreme Politiker hatte im Frühjahr 1981 zuletzt 434 Unterschriften vorweisen können. Damals war das noch kaum der Rede wert, denn bei seiner ersten Kandidatur im Jahr 1974 hatte Le Pen im Landesdurchschnitt 0,74 Prozent erzielt. Doch heutzutage, nachdem Le Pen bei der vorigen Präsidentschaftswahl 15 Prozent der Stimmen erreicht hatte - derzeit schwankt er in den Umfragen zwischen 8 und 11 Prozent, neben einem oder zwei Prozent für seinen Widersacher Mégret -, wäre ein solches Ergebnis tatsächlich weitaus spektakulärer.

Dabei wäre es freilich nicht ohne Risiken, würde der neofaschistische Politiker solchermaßen auf „technischem“, administrativem Wege – und nicht durch ein klar inhaltlich motiviertes Verbot (neo)faschistischer Politikinhalte – von der Präsenz bei der Präsidentenwahl ferngehalten. Ein Teil des Publikums dürfte dann zweifellos den Eindruck einer „Manipulation“ bekommen, vor allem, wenn - was höchst wahrscheinlich ist - die Vertreter real kleinerer Parteien (darunter auch auf der Linken und radikalen Linken) antreten können. Ein gewisser Märtyrerstatus als „Opfer des Systems“, das der Linken hingegen nutze, könnte dem Neofaschisten damit tatsächlich sicher sein. Gleichzeitig wird es manchen Vertretern des rechten Flügels der Konservativen leicht gemacht, unter dem Deckmantel einer Kritik an „Funktionsstörungen der Demokratie“ (Ex-Innenminister Charles Pasqua: in dem Fall „hieße das, dass die Demokratie krank ist“) ihre Fühler nach Rechtsaußen hin auszustrecken.

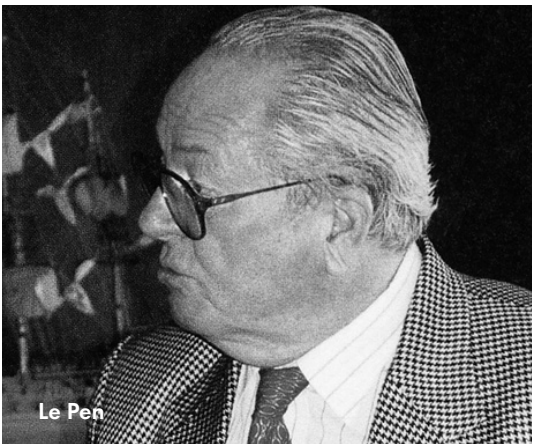
■ Le Pen: Viel „mäßigende“ Kreide geschluckt – aber vergeblich

Aus den genannten Gründen ist es bisher noch fraglich, ob Jean-Marie Le Pen den Erfolg seines neues Diskurses wird austesten können. Denn den Beginn von Altersmüdigkeit zeigend – oder jedenfalls einer Starrköpfigkeit, die ihn zunehmend sein persönliches Interesse über jenes seiner Partei stellen und letztere in passiver Gefolgschaft hinter ihm verkümmern lässt –, hat der bald 74-jährige FN-Chef in diesem Jahr Kreide geschluckt wie nie zuvor. Zum Teil ist dies auf eine bewusste Strategie seiner Partei zurückzuführen, oder wird jedenfalls von dieser als solche Strategie verkleidet. So hatte der FN-Generalsekretär Carl Lang im Herbst 2001 die Parole ausgegeben, die Partei wolle jetzt nicht durch allzu laute Töne auffallen, denn seit dem 11. September 01 gelte: „Die Zeit arbeitet für uns“. (Nach *Le Monde*, 6.11.01) Doch nicht alles bei Le Pen ist bewusste, durchdachte Strategie.

Anfang Februar akzeptierte Jean-Marie Le Pen, für das Männer- und Modemagazin ‚Optimum‘(März-Nummer) in einem arabischen Café im Pariser Pigalle-Viertel zu posieren, mit einer ägyptischen Wasserpfeife in der Hand. In jener Ausgabe gibt er im Interview zum Besten: „Ich habe mehr Erfahrung, ich bin wie alle Männer meines Alters, die Zeit hat meine Energien besänftigt.“ Und auf die Frage, wie er den israelisch-palästinensischen Konflikt bewerte, antwortet Le Pen: „Ich bin nicht am richtigen Platz, um Anderen Ratschläge zu erteilen, während ich es nicht einmal schaffe, meine Ideen zu Hause durchzusetzen.“ Freilich spult Le Pen in dem Gespräch auch die altbekannten Antworten beispielsweise zu den Themen Einwanderungspolitik und „nationale Identität“ herunter. (Auf dem MNR-Kongress am 23./24. Februar 02 höhnte Mégret dazu: „Le Pen, der sich in einem arabischen

Café bei Pigalle fotografieren lässt, eine Schande !“)

Seit Januar 02 versucht der FN-Präsident gar, sich als gemäßigten Mitte-Rechts-Politiker zu verkaufen; zuerst hatte er seine neue Sprachregelung gegenüber einem Fernsehjournalisten von I-télévision zum Besten gegeben. (Le Pen war Ende der 50er Jahre bereits Parlamentsabgeordneter und gehörte u.a. zeitweise der bürgerlich-reaktionären Mittelstandspartei CNI an – in den gleichen Jahren folterte er


Le Pen

übrigens im Algerienkrieg, während er sich vom Parlament beurlauben ließ. Auf jene Periode spielt seine allerneueste Selbstdarstellung an. Allerdings betätigte sich Le Pen bereits seinerzeit als Rechtsaußen...) Und der Boulevardzeitung *Le Parisien* – vom 4. Februar 02 – erzählte er etwa: „Vor einigen Jahrzehnten (...) wurde ich als ‚Mitte-Rechts’ eingestuft. Ich habe meine Ideen nicht geändert, aber man siedelt mich nunmehr auf der extremen Rechten an. Warum? Einfach deswegen, weil die gesamte politische Klasse sich linksradikalisiert, marxistisch eingefärbt hat.“

Das hindert Le Pen freilich nicht daran, am gleichen Ort in uralter Manier vom Leder zu ziehen, sobald die Rede auf seine klassischen Themen kommt : „Das wichtigste ist die Explosion der Unsicherheit. Und das ist auf die Immigration zurückzuführen. Aber davon spricht niemand, außer mir. Das ähnelt dem Fall eines Kranken, der von einer Leberzirrhose befallen ist, aber sich weigert, dem Alkohol die Verantwortung dafür zu geben.“ Wie gehabt: Die Ausländer sind schuld, und die Probleme der Nation lassen sich mit dem biologistischen Bild der Krankheit beschreiben. Und noch im Juli 2001 hatte Le Pen an der Beerdigung von Henry Coston, einem der berüchtigsten antisemitischen Schriftsteller in Frankreich, teilgenommen. Henry Coston trieb bereits in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts, mit materieller Unterstützung NS-Deutschlands, sein Unwesen und war seiner Propagandasache (gegen die jüdische und freimaurerische Weltverschwörung) bis zum letzten Atemzug treu geblieben. Gegenüber dem FN-internen Organ ‚Français d’abord’ (Franzosen zuerst) hatte Le Pen im Oktober 01 seine Anteilnahme für Coston damit begründet, er schätze „Rebellen“.

Konkret : Warum Le Pen im Schlammassel steckt

Die Probleme des Jean-Marie Le Pen sind primär auch auf die Spaltung der neofaschistischen Partei vom Jahreswechsel 1998/99 zurückzuführen. Die „Dissidenten“ unter Bruno Mégret hatten damals – neben einem Drittel der Mitglieder – gut 50 Prozent der Kader und auch eine Mehrheit der Mandatsträger des „alten“ FN mitgenommen. Anlässlich der Regionalparlamentswahl im März 1998 hatten die Neofaschisten insgesamt 275 Sitze in den Regionalparlamenten erhalten. Im Frühjahr 1999 besaß jedoch die Mégret-Partei MNR (Mouvement National-Républicain) 140 davon – einige dieser Parlamentarier sind mittlerweile zu den Konservativen übergelaufen –, die Rumpfpartei unter Le Pen unter 130. Ansonsten haben beide Parteien nicht viele Mandatsträger vorzuweisen. Der FN hatte vor der Spaltung noch 11 Sitze im Europaparlament inne, seit der Neuwahl im Juni 1999 sind es nur noch fünf (und null für den MNR, der 1999 die bei den EP-Wahlen geltende Fünf-Prozent-Hürde verpasst hatte). Und der FN sowie der MNR stellen jeweils zwei Bürgermeister. Damit sind heute beide rechtsextreme Parteien, sofern sie mit ihren eigenen Mandatsträgern auskommen wollten, weit von der Grenze der 500 entfernt.

Jean-Marie Le Pen suchte das Hindernis zu umgehen, indem er Mitgliedern und extra eingestellten professionellen Werbern je 2.000 Francs (rund 300 Euro) pro eingebrachter Unterschrift auszahlte. Anfang Februar 02 konnte er auch tatsächlich frohlocken, er sei jetzt bei „fast 600“ Unterschrift-Versprechen angelangt. Doch als es Anfang März dann Ernst wurde, weil die offiziellen Formulare der Wahlkommission eintrafen, da sprangen eine ganze Reihe von Bürgermeistern wieder ab. (Selbiges passiert allerdings auch bei anderen Parteien...) Le Pen tobt: „Das ist, als ob diese Bürgermeister mir einen ungedeckten Scheck ausgestellt hätten. Dies zeigt den Grad der Unmoralität, auf den wir gesunken sind.“ (Le Figaro)

Welches genaue Ausmaß das Phänomen angenommen hat, ist schwer zu beurteilen. Mitte März gab Le Pen an, ihm fehlten nunmehr 80 Unterschriften zu den erforderlichen 500. ŒLibération[1] (vom 16./17. März 02) behauptet, ursprünglich seien es nur 520 versprochene Unterschriften gewesen, jetzt fehlten Le Pen etwas über 100. ŒLe Monde[1] vom 23. März zitiert Le Pen, ihm seien rund 200 Unterschriften flöten gegangen, was zur erstgenannten Version passen könnte.

Die Furcht, als Unterstützer des alternden Rechtsextremen offiziell im Gesetzblatt aufzutauchen, mag manchen Amtsmann doch noch abgeschreckt haben, als es zur Sache ging. Andere mögen dem Druck, den die konservativen und liberalen Parteiführungen auf ihre Mitglieder ausüben, nicht für Le Pen zu unterschreiben – weil die für ihn abgegebenen Stimmen letztlich den Wahlsieg der Sozialisten über die Konservativen förderten – nachgegeben haben.

Zugleich beschuldigt Le Pen einige Politiker an der Seite des bürgerlichen Kandidaten Chirac – Claude Goasguen, Patrick Devedjian und Dominique Perben –, „Druck“ auf unterschriftwillige Bürgermeister ausgeübt zu haben. Diese streiten ab und geben an, keine demokratische Anormalität hervorrufen zu wollen. Real scheint es aber Druck auf konservative Bürgermeister gegeben zu haben, etwa mit dem Argument, falls sie nicht für Chirac unterschrieben (für den eine möglichst breite „Dynamik“ entfacht werden solle) gebe es im Falle eines Wahlsiegs künftig keine Subventionen. Seit einigen Wochen ist es nunmehr Jean-Marie Le Pen höchstpersönlich, der zum Telefonhörer greift, um die abgesprungenen oder noch zögernden Bürgermeister zu bearbeiten. *bhs* ■

Dennoch hat man den Eindruck, dass Le Pen sich, in immer halsstarrigerer Weise, in eine persönliche Abrechnung mit dem amtierenden Präsidenten Jacques Chirac stürzen will und dabei alle anderen Anliegen hintanstellt. Zuletzt hat er Chirac nicht verziehen, dass dieser im Januar dieses Jahres die Enthüllungen geleugnet hat, wonach er Le Pen 1988 heimlich getroffen und seine Unterstützung bei der damaligen Wahl erbeten habe. Der FN-Chef fühlt sich dadurch zum Paria herabgesetzt, zu dessen Kontakt man sich nicht bekennen darf. Im Januar hatte die FN-Führung öffentlich gemacht, mit welcher Stoßrichtung die Partei zwischen den beiden Wahlgängen zu intervenieren trachte: Damals präsentierte Plakate zeigen Chirac hinter Gittern. (Im Fall einer Wahlniederlage droht Chirac, der dann keine Amtsimmunität mehr genießt, wirklich eine baldige Vorladung zum Richter. Es geht um beachtliche Korruptionsaffären aus seiner Amtszeit als Pariser Oberbürgermeister, vor 1995.)

Anlässlich seiner großen Show in Lyon am 16. und 17. Februar 02 widmete Jean-Marie Le Pen den größeren Teil seiner zweistündigen Rede allein Chirac, dem „Professor der Lüge“, dem „Lügenprinzen“, dem „Serienlügner“ und Verräter, dessen Konterfei mit riesenhafter Pinocchio-Nase über dem Saal prangte. Und so viel zumindest steht fest: Hat Le Pen bei der Präsidentschaftswahl einen Einfluss darauf, ob Chirac oder sein Herausforderer Jospin gewinnt, dann ist für ihn sonnenklar, wie er sich entscheidet. „Jospin ist weniger unmoralisch als Chirac“, tönt er landauf und landab, oder: „Ich ziehe einen Mann der Linken, der mit offenem Visier auftritt, gegenüber einem maskierten Linken wie Chirac vor“, da beide im Grunde eine sozialistische Politik betrieben. Denn der Erstgenannte sei dabei wenigstens ehrlicher. (Auf einem anderen Blatt steht, dass der Mitte-Links-Politiker Jospin heute Wert darauf legt, dass er gar kein „sozialistisches Programm“ vorlege, sondern ein „modernes Projekt für Frankreich“.)

Zugleich flüchtet Le Pen, der sich seit längerem als einen Mann der Vorsehung begreift, in düstere Prophezeihungen hinein. Einerseits behauptete er bspw. anlässlich der Verkündung seiner Neujahrswünsche 2002 in eher irrationaler Weise: „In diesem Jahr kann unsere Aktion entscheidungsbringend sein, angesichts außerordentlicher historischer Umstände, wie sie nie in der tausendjährigen Geschichte unseres Landes existierten, außer vielleicht während des Hundertjährigen Krieges.“ Andererseits erklärte er etwa am 10. März 02 in Toulouse vor 1.000 Anhängern: „Wenn ich nicht gewählt werde, dann wird

es das letzte Mal sein, dass Sie einen Präsidenten der französischen Republik wählen. Danach werden Sie einen Gouverneur wählen, der nicht mehr Macht haben wird als jener (des US-Bundesstaates) Nebraska.“ Teilweise scheint Le Pen bereits eher an seinem Nachruf zu schreiben, als noch reale Politik zu machen.

■ Profitiert Mégret von den Schwierigkeiten des FN ?

Manche macciavellistisch inspirierten Manöver dürften bei alledem nicht ausgeblieben sein. So hielten sich in der Presse hartnäckige Gerüchte, wonach die konservative Rechte unter der Hand ihr nahe stehende Bürgermeister für den Erzrivalen des alternden FN-Chefs, also den – bisher eher erfolglosen – Führerlehrling Bruno Mégret, unterschreiben lasse. Das wäre freilich, sollte es sich nicht um eine weitere Variante der Verschwörungstheorie handeln – ein Wahrheitsgehalt ist jedenfalls nicht völlig auszuschließen – dennoch delikat. Denn natürlich dürfte ein solches Manöver, angesichts der Veröffentlichung der Namen der „Paten“ eines jeden Kandidaten, nicht zu sehr auffallen. Allerdings ist es auf dem rechten Hardliner-Flügel der Konservativen heute einfacher, (öffentlich) zu begründen, warum man für Mégret unterschreibt, als für Le Pen.

Mégret klagt so Jean-Marie Le Pen seit Januar öffentlich an, „für Jospin zu arbeiten“. Den konservativen Mandatsträgern könnte er so erklären, dass Le Pen ihrem Lager enormen Schaden zufügt – während er dem Publikum einhämmert: „Le Pen wird vom System, von Politik und Medien beschützt, weil er Jospin in die Hände arbeitet.“ ‚Le Parisien’, 2.2.02) In der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde‘ (23. März) begründet die Nummer Zwei der Mégret-Partei, Jean-Yves Le Gallou, gar nicht ungeschickt: Erstens sei das Vorgehen der (bezahlten) Le Pen-Zutreiber gegenüber den Bürgermeistern „das von Söldnern, und kein politisches Vorgehen“. Zweitens beruhige Mégret die Bürgermeister, da er politisch sein Lager gewählt habe. Und drittens habe er die politischen Themen der extremen Rechten – Le Gallou nennt Immgration und Unsicherheit – fallen lassen, „um sich in eine persönliche und parteiegoistische Blutrache gegen Chirac hineinzustürzen“, wovon zumindest die zweite Hälfte zutrifft.

In der Wählergunst steht Mégret (mit einem bis zwei Prozent in den Vorwahlumfragen) zwar weit hinter Le Pen (mit 8 bis 11 Prozent), denn er hat nicht die Statur des donnernden „Volkstribunen“ wie sein in die Jahre kommender früherer Meister. Dennoch könnte das Kalkül lauten, dass Mégret, falls beide rechtsextremen Politiker kandidieren, das Wählerpotenzial des FN-Chefs ein wenig anknabbern könnte. Daneben ist zu berücksichtigen, dass Le Pen einen Störfaktor für die bürgerliche Rechte bildet, da er bündnisunfähig ist, während Mégret für eine mit der „harten“ Variante des Konservativismus kompatible Variante des Rechtsextremismus steht. So tritt Mégret für Regierungsbündnisse nach italienischem Muster ein, und nahm in den letzten Monaten Positionen ein, die seine Bündnisfähigkeit auf der Rechten betonen. So wird Mégret im zweiten Wahlgang den Bürgerlichen Chirac gegen den Sozialdemokraten Jospin unterstützen, während Le Pen genau dies verweigert. Und er unterstützte im Herbst 2001 den US-geführten Krieg im Mittleren Osten, wiederum anders als Le Pen. Einige Ultra-Hardliner, darunter der NS-nahe Rassenideologe Pierre Vial (vom Zirkel ‚Terre et peuple’, („Volk und Erde“) hatten deswegen dem MNR Ende 2001 den Rücken gekehrt.

Bruno Mégret hat bisher keine Zahlen über seine Unterstützungs-Unterschriften vorgelegt, behauptet allerdings, auf gutem Wege zu einer Kandidatur zu sein.

Sollte die Situation je darauf hinauslaufen, dass Mégret zur Präsidentschaftswahl kandidieren kann, nicht aber Le Pen, so wäre dies seitens seiner eventuellen institutionellen Helfer ein Spiel mit dem Feuer. Denn zwar ist Mégret derzeit bei weitem nicht so erfolgreich wie sein früherer Parteichef. Dennoch steht er längerfristig, wird seine Partei nicht zum Opfer ihrer derzeitigen geringen Bedeutung, für die überlebensfähigere Variante des Neofaschismus.

Die FN-Wahlerfolge zehren heute, seit der Parteispaltung, allein von der persönlichen Aura des Chefs, während die Parteiaktivisten selbst meist zu passiver Gefolgschaft hinter dem autoritären „Monarchen“ verdammt sind. Mégret hingegen kann auf ein stattliches Kaderpotenzial blicken, das er anlässlich der Spaltung vom „alten“ FN abgezogen hat, auch wenn es angesichts der relativen Misserfolge seiner Partei ein wenig zusammengeschmolzen ist. Und mit bald 53 Jahren dürfte Mégret den, im Juni dieses Jahres 74 werdenden, Altfaschisten Le Pen auf jeden Fall überleben.

Zwei führende Politiker, der Vorsitzende der sozialistischen Parlamentsfraktion (Jean-Marc Ayrault) und der wirtschaftsliberale Präsidentschaftskandidat Alain Madelin – der im ersten Wahlgang gegen Chirac antritt, um ihn in der Stichwahl zu unterstützen – gaben sich vor kurzem überzeugt, dass Mégret kandidieren könne und Le Pen nicht. Alain Madelin erklärte, er verfüge über „Beweiselemente“, wonach das Lager Chiracs alles tue, „um Mégret zu favorisieren und Le Pen zu behindern“ („Libération’, 20. März). Allerdings hat Mégret bisher nur rund eine Million Euro für den Wahlkampf ausgegeben. (700.000 Euro werden minimal vom Staat zurückerstattet, falls eine Kandidatur rechtsgültig wird^, mehr Geld gibt es ab dem Überschreiten der Fünf-Prozent-Hürde.) Le Pen hingegen hat das Geld bisher mit vollen Händen ausgegeben und bereits 7 Mill. Euro verprasst.

Das zeigt, dass Mégret vorsichtiger und seiner Kandidatur nicht so sicher ist. Manche Beobachter gehen auch davon aus, dass er sich ohnehin vielleicht strategisch lieber auf die Parlamentswahlen konzentrieren wolle. Dort dürfte er den Wahlkreis Vitrolles/Marignane (beide Städte werden vom MNR Mégrets regiert) für sich als „sicheres“ Tor zu einem Parlamentssitz halten. Vor allem aber ist damit klar, dass die Konsequenzen einer (vom Verfassungsgericht verordneten) Nicht-Kandidatur für Jean-Marie Le Pen weitaus gravierender ausfallen dürften.

Bernhard Schmid, Paris ■

Mögliche Folgen auf die Wahl: Unkalkulierbar

Für jedes denkbare Szenario ist es im Moment schwierig, seine politischen Folgen in näherer Zukunft vorauszusagen. Insbesondere bleibt bisher eine weitere Unbekannte im Spiel: Das tatsächliche gesellschaftliche Potenzial, das der extremen Rechten (auf wahlpolitischer Ebene) heute verblieben ist, nachdem die Spaltung einige Energien vergeudet hat. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom März 2001 konnten damals eine(n) Antifaschisten/-in in dieser Hinsicht nicht übertrieben optimistisch stimmen. Dennoch hat ein realer Rückgang des gesellschaftlichen Einflusses der Neofaschisten stattgefunden.

Die Umfrageinstitute korrigieren die Werte, die sie beiden rechtsextremen Kandidaten in den Vorwahl-Statistiken zuteilen (Mégret taucht dabei nicht immer auf), regelmäßig herauf oder herab. Einerseits hatte sich in der Vergangenheit (seit den 80er Jahren) herausgestellt, dass die extreme Rechte in den Vorab-Umfragen oft unterbewertet war, weil es so etwas wie einen „Schameffekt“ gab, der dann aber in der Isolierung der Wahlkabine wegfällt. (Dieser „Schameffekt“ hatte jedoch im Laufe der Zeit, nach einigen Jahren Präsenz des Neofaschismus auf der politischen Bühne, abgenommen.) Andererseits dürften die Institute jetzt mitunter die Werte in die andere Richtung nachkorrigieren. Denn man ist der Ansicht, eine Anzahl tatsächlicher Sympathisanten der extremen Rechten stimme aktuell für keine ihrer beiden Parteien, da die Spaltung für Reibungsverluste gesorgt hat. Dabei führen die Korrektureffekte dazu, dass man sich als Beobachter nicht mehr wirklich sicher sein kann, wo die extreme Rechte heute steht. Falls Jean-Marie Le Pen an der Kandidatur gehindert werden sollte, dann sind zwei Szenarii denkbar. Auf der einen Seite könnten zahlreiche WählerInnen, die irgendwie – aber politisch unbewusst – gegen „die da oben“ und gegen die Ungerechtigkeit sind, bei der im Juni folgenden Parlamentswahl für den FN stimmen, gewissermaßen aus Trotz. Um bei der Parlamentswahl Kandidaten aufzustellen, gibt es aber keine 500-Unterschriften-Barriere.

Umgekehrt ist denkbar, sollte sich das Wählerpotenzial eines Le Pen anlässlich der Präsidentschaftswahl auf mehrere Kandidaten aufteilen (die ersten Umfragen, die diese Möglichkeit berücksichtigen, sehen Stimmenzuwächse für Chirac, Chevènement und Pasqua vorher) und übernimmt vielleicht noch Mégret einen Teil des Kuchens, dass der umgekehrte Fall eintritt. Nämlich, dass dieses Potenzial einigermaßen sang- und klanglos auseinanderläuft. Und eventuell ein harter Kern rund um Mégret übrigbleibt (aber dann wahrscheinlich eher der sozial besser gestellte Teil des alten FN-Publikums). Doch nichts ist bisher sicher. Erst nach der Wahl wird auch auf die grundsätzlichere Frage geantwortet können, wie fest die Wähler eines Jean-Marie Le Pen an seine Ideologie oder an seine Person gebunden waren. Wetten können noch abgeschlossen werden, hoffen ist – bisher – erlaubt. Auflösung am 21. April. *bhS, Paris* ■

Bundesrat stimmt Zuwanderungsgesetz zu – oder doch nicht?

Der Bundesrat hat am Freitag dem Zuwanderungsgesetz zugestimmt. Oder auch nicht. Bundesratspräsident Wowereit zählte nämlich bei der entscheidenden Abstimmung die Stimmen Brandenburgs als „Ja", obwohl Stolpe und Schönbohm unterschiedliche Voten abgegeben hatten. Nun wird es darüber einen Verfassungsstreit geben. Eine letztendliche Entscheidung über das Zuwanderungsgesetz steht somit noch aus.

Die Debatte im Bundesrat war im wesentlichen von zwei Faktoren bestimmt, die mit dem Gesetz eigentlich gar nichts zu tun haben: Zum einen wurde die Erinnerung an den Sieg der Bundesregierung über die Union bei der Abstimmung über die Steuerreform wach, nachdem einige Bundesländer mit finanziellen Geschenken zum Umschwenken gebracht worden waren. Zum anderen warf, und das konnte man bereits an den schon fast rassistisch zu nennenden Reden etwa von Biedenkopf und Koch erkennen, der Bundestagswahlkampf seine langen Schatten voraus. Der Inhalt und die Folgen des Zuwanderungsgesetzes für die hier lebenden Menschen traten in den Hintergrund.

Zuwanderungsgesetz ist schon jetzt fauler Kompromiss

An dieser Stelle brauche ich nicht erneut eine detaillierte Analyse des Zuwanderungsgesetzes vorzunehmen. Es stellt einen faulen Kompromiss dar, bei dem SPD und Grüne der Union bis zur völligen Verbiegung ursprünglicher Positionen entgegen gekommen sind. Deshalb muss ich in einem Punkt dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Gabriel Recht geben: SPD und Union sind inhaltlich allenfalls Millimeter voneinander entfernt. Otto Schily machte in der Bundesratsdiskussion immer wieder einen Kotau vor der Union und hob die vielen, vielen Verschärfungen zu Lasten von Migranten hervor.

Die Rolle der PDS

Die PDS hatte im Bundestag das Zuwanderungsgesetz abgelehnt. Sie hatte dabei durchaus anerkannt, dass im Gesetz einige positive Punkte enthalten sind, etwa die Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung als Fluchtgrund, der zur Zuerkennung des Flüchtlingsstatus führt. Die negativen Seiten des Gesetzes sind jedoch weitaus zahlreicher und gewichtiger, etwa die stärkere Benachteiligung von Kindern durch die Herabsenkung des Nachzugsalters und die fehlende Umsetzung der Kinderrechtskonvention, die Ausdehnung der sozialen Ausgrenzung durch das Asylbewerberleistungsgesetz und die Verweigerung des Abschiebungsschutzes für bestimmte Gruppen von Menschen in Not.

Im Bundesrat dagegen hat die PDS dem Gesetz zugestimmt. Hierfür werden einige Argumente angeführt: Die Diskussion habe sich über den reinen fachpolitischen Rahmen hinaus inzwischen weit politisch aufgeheizt. Wäre das Gesetz an der PDS gescheitert, hätte sie Stoiber einen Punktsieg für seinen auf Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus begründeten Wahlkampf geliefert. Im übrigen habe man mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin eine ganze Reihe von Vereinbarungen erreicht, die sich in der Praxis zugunsten von Flüchtlingen und Migranten auswirkten.

Diese Position ist jedoch umstritten. In Mecklenburg-Vorpommern hat der PDS-Landesvorstand noch am vergangenen Donnerstag mit 14:3 Stimmen gefordert, dass sich das Land im Bundesrat der Stimme enthalten solle.

Das Zuwanderungsgesetz hat mit den elementaren Forderungen der PDS für eine menschenrechtliche Gestaltung der Einwanderungspolitik nichts zu tun. Selbst wenn man den umfangreichen Forderungskatalog auf einige „Kernelemente" reduziert, muss man feststellen, dass auch hiervon kaum etwas durch die jetzige Fassung des Zuwanderungsgesetzes erfüllt worden ist.

Mit ihrer Zustimmung hat sich die PDS deshalb meines Erachtens in die Gefahr begeben, dass sie wie die Grünen als „Umfaller" dastehen, die um des Machterhaltes willen Grundsatzpositionen aufgäben. Ein solches Bild in der Öffentlichkeit macht die PDS unglaubwürdig.

Denn auch das, was aus den Verhandlungen mit der SPD herausgekommen ist, vermag in meinen Augen die Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz nicht zu rechtfertigen. Selbst da, wo Konkretes verabredet worden ist und nicht nur Prüfaufträge erteilt wurden, bezieht sich dies auf Einzelheiten der Landespolitik.

Am bundesrechtlichen Rahmen ändert sich hierdurch kein Jota! Auf der Ebene eines Bundeslandes kann nur etwas vereinbart werden, was sich innerhalb dieses Rahmens, den das Bundesgesetz absteckt, bewegt. Ansonsten gilt die Bestimmung aus dem Grundgesetz: Bundesrecht bricht Landesrecht.

Und besonders für Berlin haben Karin Hopfmann und Marian Krüger zu Recht festgestellt: „Das Entgegenkommen der Berliner SPD läuft faktisch auf nichts anderes hinaus als sich zur Einhaltung der Koalitionsvereinbarung zu bekennen". Neu ist an vielen Vereinbarungen also gar nichts. Sie sind bereits verabredet. Und mit dem Zuwanderungsgesetz haben sie nichts zu tun.

Wie weiter?

Mit der Entscheidung des Bundesrates darf die Debatte um eine menschenrechtliche Ausrichtung der Einwanderungspolitik nicht beendet sein. Insbesondere die vier folgenden Punkte werden wir in der nächsten Legislaturperiode angehen müssen:

- wirksamer Schutz für Menschen in Not;

Fortsetzung Seite 12

Lufthansa - Stop deportation.class!

BERLIN. Die Lufthansa meldete in diesem Jahr ihren Stand auf der Internationalen Tourismusbörse kurzfristig ab. Die Pressekonferenz fand dennoch statt und Protestierende waren auch gekommen. Im Steward(essen)-Outfit verteilten sie Unternehmensberichte an die Presse, die über das Geschäft mit den Abschiebungen informierten. Schon am Samstag waren eine Handvoll Protestierende der JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin zur ITB gefahren, um auf die immer noch bestehende Abschiebepraxis der Lufthansa aufmerksam zu machen. Allerdings hatte die Lufthansa wegen Finanzproblemen ihren Stand abgesagt.

Am Sonntag aber waren die Stewards und Stewardessen wieder am Start und protestierten lautstark vor den Türen der Pressekonferenz. Die Lufthansa-Angestellten reagierten reichlich genervt, vielen PressevertreterInnen war die Anti-deportation.class-Kampagne spätestens seit dem KMII-Camp 2001 in Frankfurt/Main hinlänglich bekannt. Die Antwort auf die Frage nach der Zahl der von der Lufthansa durchgeführten Abschiebungen verweigerten die Sprecher und leugneten, dass irgendwer gegen seinen/ihren Willen abgeschoben werden würde durch das Unternehmen. Auf eine Räumung der Protestierenden verzichtete man trotz des sich massiv aufspielenden Sicherheitspersonals und gerufener Polizei dennoch. Vermutlich sitzt die Angst vor dem Imageschaden tief genug. ■

Fortsetzung von Seite 11

- Legalisierung des Aufenthalts von „Illegalen“;
- Abschaffung von ausgrenzenden und diskriminierenden Regelungen wie des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Residenzpflicht;
- ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz, das alle Menschen wirksam vor Diskriminierung und rassistischer Gewalt schützt.

Die PDS hat im Bundesrat aus politisch-taktischen Erwägungen heraus für eine Verschärfung der Lage von vielen Migrantinnen und Migranten gestimmt. Die Gegner dieser Politik innerhalb und außerhalb der Partei müssen nunmehr ihren Druck verstärken und dafür sorgen, dass die PDS gemeinsam mit den Kirchen, den Flüchtlingsinitiativen und vielen anderen Menschen zunächst im Wahlkampf und dann in der weiteren politischen Arbeit gegen die rassistische Propaganda von Schily und Stoiber klar und deutlich Stellung bezieht für Menschenrechte und eine humanitäre Orientierung der deutschen Politik.

Stefan Keßler ■

Ausländerbehörde lässt Amtsärzte überprüfen

HAMBURG. Dass Ausländerbehörden kranke Menschen gnadenlos abschieben und ärztliche Atteste, die eine Abschiebung aus medizinischer Sicht untersagen, ignorieren bzw. diese Atteste von behördlichen Medizinerinnen und Medizinern überprüfen lassen, ist bekannt. Ebenfalls, dass Ärzte von der Ausländerbehörde wegen der missliebigen Gutachten zugunsten von abschiebebedrohten Menschen unter Druck gesetzt und gegen mehrere von ihnen ein Strafverfahren wegen Ausstellung von sog. „Gefälligkeitsattesten“ eingeleitet wurde. Inzwischen traut die Hamburger Ausländerbehörde auch den eigenen Amtsärzten nicht mehr. Offensichtlich sind von diesen Ärzten zu wenige „gefällige Gutachten“ im Sinne der Behörde gekommen. Unter anderem am 7. Februar hatte die Behörde deshalb mehrere psychisch kranke Flüchtlinge, denen Amtsärzte zuvor schwere Traumatisierung, Suizidgefahr und Reiseunfähigkeit attestiert hatten, vorgeladen, um sie von einem gewissen Dr. Jochen Brack, Psychiater am Allgemeinen Krankenhaus Ochsenzoll (AKO), erneut begutachten zu lassen. Dabei handelt es sich nicht um einen einmaligen Fall. Grundlage für dieses Vorgehen ist eine neue „Dienstanweisung zum Umgang mit ärztlichen Attesten“ von Mitte Dezember letzten Jahres, erlassen vom stellvertretenden Amtsleiter Michael Klahn. Hier ist u.a. festgelegt, dass insbesondere bei psychischen und ähnlichen Erkrankungen – „da die Missbrauchgefahr durch einen unrichtigen Sachvortrag der Betroffenen besonders groß ist“ – neben den Amtsärzten auch „spezialisierte Fachärzte“ als Gutachter herangezogen werden. Inzwischen gibt es Fälle, in denen kranke Flüchtlinge zur psychiatrischen und neurologischen Begutachtung in die Ausländerbehörde bestellt wurden, ohne dass ihnen dies auf der Vorladung als Grund mitgeteilt wurde. Mit der „Dienstanweisung zum Umgang mit ärztlichen Attesten“ beseitigt die Ausländerbehörde die letzten Reste noch bestehender Abschiebehindernisse aus gesundheitlichen Gründen. Im Fall von ärztlichen Gutachten, die „nur“ eine Reiseunfähigkeit attestieren, sind die Sachbearbeiter und Amtsärzte jetzt angewiesen davon auszugehen, „dass diese z.B. für einen Flug von Hamburg ins Heimatland fast immer hergestellt werden kann“, und zwar durch Medikamente, BGS und notfalls auch ärztlicher Überwachung. Handelt es sich um ein Attest, das eine Reiseunfähigkeit und/oder eine Krankheit, die im Heimatland nicht genügend behandelt werden kann, attestiert, sollen die Sachbearbeiter, Amtsärzte und evtl. der bereits erwähnte „spezialisierte Facharzt“ zu allererst prüfen: „Welche Folgen hätte die Erkrankung, wenn diese im Heimatland nicht behandelt werden würde?“ Sind Sachbearbeiter/Ärzte danach der Auffassung, dass die Folgen unzumutbar sind, verlangt die Dienstanweisung Unmögliches. Die Beschäftigten der Ausländerbehörde sollen jetzt nämlich folgende Frage beantworten und sie als vorhandenes oder nicht vorhandenes Abschiebehindernis bewerten: „Welche Behandlungsmöglichkeiten müssen im Heimatland gewährleistet sein?“

Ein unglaublich brutales Vorgehen schreibt die Dienstanweisung gegenüber Flüchtlingen vor, denen vom Arzt eine psychische Erkrankung und Suizidgefahr attestiert wird. Sie sollen grundsätzlich ohne vorherige Ankündigung frühmorgens per polizeilichem Rollkommando ergriffen, („frühmorgendliche Begleitung ohne vorherige Ankündigung des konkreten Reisetermins“) und unter ärztlicher Überwachung in eine Therapieeinrichtung im Heimatland abgeschoben bzw. am Heimatflughafen einem Arzt oder einer anderen Betreuungsperson übergeben werden. *bab* ■

Nächster Stopp: BAGDAD

von Jürgen Wagner (IMI) *

Anlässlich des Deutschland-Besuchs des US-Präsidenten Bush im Mai wird die Friedensbewegung zu einer Großdemonstration und zu vielen dezentralen Aktionen im ganzen Land aufrufen. Dies war ein Ergebnis der Aktionsberatung, zu der der Bundesausschuss Friedensratschlag am 17.3. nach Kassel eingeladen hatte. Am 21. Mai, am Vorabend des Bush-Besuchs, soll eine bundesweite Demonstration und Kundgebung in Berlin stattfindet. Einen Tag später, am 22. Mai, sollen im ganzen Land Aktionen gegen die US-Kriegspläne stattfinden, vornehmlich an dafür geeigneten Objekten (z.B. US-Botschaft, Konsulate, Atomwaffenlager in Büchel, Atomare Einsatzzentrale EUCOMM in Stuttgart)

Die Aussage von Bush ist klar: Krieg gegen Saddam ist unvermeidbar," titelte der Londoner Independent, sich auf die Rede George W. Bushs vom 11. März beziehend.

Die Gunst der Stunde nutzend versuchten die Hardliner in Washington zunächst einen solchen Angriff durch Beweise einer Verbindung zwischen dem Irak und Al-Qaida zu legitimieren. Obwohl dies ebenso scheiterte wie Versuche, Bagdad mit den Anthrax-Briefen in Verbindung zu bringen, wird der Angriff auf den Irak weiter von höchsten Stellen gefordert. Dem Problem, wie dies ohne Hinweise für eine direkte Mittäterschaft gerechtfertigt werden könnte, widmete sich ein offener Brief an die Regierung, unterzeichnet vom „Who is Who" der amerikanischen Außenpolitik. Dort wurde gefordert, dass „selbst wenn die Beweise den Irak nicht direkt mit den Attacken verbinden, muss jede Strategie, die zum Ziel hat den Terrorismus und seine Unterstützter auszurotten einen entschiedenen Versuch einschließen Saddam Hussein von der Macht im Irak zu entfernen."

Tatsächlich aber hat das Kriegsgeschrei nichts mit den Anschlägen des 11. September oder dem Terrorismus zu tun, wie ein Bericht der Herald Tribune feststellt: „Die CIA hat keine Beweise, dass der Irak innerhalb fast eines Jahrzehntes in terroristische Operationen gegen die USA verwickelt war und die Spionageagentur ist ebenfalls davon überzeugt, dass Hussein keine chemischen oder biologischen Waffen an Al-Qaida oder ähnliche terroristische Gruppen geliefert hat."

Henry Kissinger bemerkt folgerichtig: „Die Frage ist nicht, ob der Irak in die Terrorattacken verwickelt war. [...] Die Herausforderung ist im wesentlichen eine geopolitische." Auch William Kristol, Herausgeber des Weekly Standard, betont: „Ob wir uns dem Irak widmen hat immense Auswirkungen auf die amerikanische Rolle in der Welt, insbesondere ob wir uns dazu berufen fühlen, die neue Weltordnung zu gestalten."

Der neuen Weltordnung steht der Irak nach Meinung der US-Administration schon lange im Weg, da ein über Massenvernichtungsmittel verfügender Irak „amerikanische und alliierte Städte als Geiseln nimmt und uns damit von einer Intervention abhält," wie Robert Joseph, Bushs Proliferationsfachmann, meint. Damit wäre der US-Anspruch als Ordnungsmacht in der rohstoffreichsten Region der Welt zu fungieren, massiv in Frage gestellt. Bereits in einem 1998 an Clinton verfassten Brief, den so gut wie alle Mitglieder der heutigen Regierungsmannschaft unterzeichneten, wurde deshalb gefordert, Hussein müsse unter allen Umständen gestürzt werden. Ansonsten werde „die Sicherheit der amerikanischen Truppen in der Region, unserer Freunde und Alliierten wie Israel, der moderaten arabischen Staaten und ein bedeutender Anteil der Weltölversorgung aufs Spiel gesetzt."

Dies zu verhindern ist das eigentliche Ziel eines US-Angriffes auf Bagdad, wie US-Senator John McCain verdeutlichte: „Diktatoren, die [...] Massenvernichtungs-Waffen bauen, sind unterrichtet, dass ein solches Verhalten, schon für sich selbst ein Kriegsgrund ist."

Anstatt sich für eine Stärkung der Rüstungskontrolle und Deeskalation einzusetzen, veranlassen die ständigen Drohungen Washingtons Hussein zu der logischen Schlussfolgerung, nur Massenvernichtungsmittel seien in der Lage, sein Regime vor Angriffen der USA zu schützen. Dies wird von den USA wiederum als ausreichender Kriegsgrund bezeichnet, stellt aber gleichzeitig auch einen willkommenen Vorwand dar, die eigenen Interessen in der Region wahrzunehmen.

Aus US-Sicht erfordern die jüngsten Spannungen mit Saudi Arabien, verbunden mit der zunehmenden Kritik an der US-Truppenpräsenz am Golf, einen Angriff auf den Irak, um sich damit neue Basen zu verschaffen, den eigenen Anspruch als Ordnungsmacht zu untermauern und damit die Kontrolle der Ölquellen auch weiterhin zu gewährleisten. Publizistisch wird im Wall Street Journal bereits die Besetzung der Ölquellen Saudi-Arabiens gefordert. William Safire, Topjournalist der New York Times schlägt ähnliches auch für den Irak vor: „Ich würde einen Deal mit Ankara machen, jetzt sofort die Grenzen der Türkei zu überqueren und das nördliche Drittel des Irak zu annektieren. [...] Das Land, dass es gilt zu einem Teil der Türkei zu machen, ist das Ölfeld um Kirkuk, das fast die Hälfte von Saddam Husseins Öl produziert."

Der Anspruch auf Kontrolle des Öls scheint aus Sicht der USA einen Angriff auf den Irak allemal zu rechtfertigen. Allerdings bestehen innerhalb der Regierung noch erhebliche Differenzen darüber, ob zur Unterstützung der USA auf oppositionelle sunnitische Gruppen, so- wie die Kurden im Nordirak oder auf die Exilopposition gesetzt werden soll. Auch auf eine genaue Angriffsstrategie scheint man sich noch nicht festgelegt zu haben. Sicher ist aber, dass man sich in den USA auf einen Krieg vorbereitet, der den „Kreuzzug" gegen Afghanistan bei weitem übertreffen wird. Experten rechnen augenblicklich damit, dass für eine Invasion zwischen 150.000 und 300.000 US-Soldaten benötigt werden. Nach Angaben des gut informierten Seymour Hersh hat Bush seine Berater angewiesen, bis zum 15. April einen Plan zum Sturz des Regimes zu erarbeiten.

Da außer in Washington selbst niemand sonderlich begeistert von diesen Plänen ist, sollen die augenblicklichen Diskussionen um eine Wiederaufnahme der UN-Inspektionen die notwendige, oder zumindest erwünschte, internationale Unterstützung für einen Angriff sichern helfen. Die USA fordern für diese Teams Kompetenzen, von denen sie sicher sein können, dass Hussein – aber wohl auch sonst jedes Staatsoberhaupt der Welt – diese ablehnen wird. Bereits jetzt gehen laut Herald Tribune „amerikanische Offizielle davon aus, dass im Mai oder Juni klar wird, dass der Irak die Sorte von Inspektionen ablehnen wird, die Bush verlangt." Diese Ablehnung wird dann wohl als Legitimation genommen werden mit einem Angriff zu beginnen.

Augenblicklich deutet alles darauf hin, dass die Kriegsvorbereitungen spätestens im Herbst abgeschlossen sein werden. Trotz der verschiedentlich geäußerten Kritik seitens der Europäer, ist aber auch von dieser Seite bedauerlicherweise kein ernster Widerstand zu erwarten.

Ein Artikel des ‚Zeit'-Herausgebers und ehemaligen Kulturstaatsministers Michael Naumann unterstreicht eindrucksvoll die Nibelungentreue der Bundesregierung. „Ein Krieg im Irak würde die deutschen Pazifisten der PDS auf Kosten der Grünen stärken. [...] Ein Konflikt im Irak würde ihn [Schröder] dazu zwingen die schwierigste politische Verpflichtung seines Lebens zu machen – den Amerikanern zu folgen, komme was da wolle. Dies könnte dazu führen, dass er [bei den Bundestagswahlen] im September verliert." Hoffentlich kann man da nur noch sagen.

** Jürgen Wagner ist im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI). Er schrieb vor kurzem eine Studie zur US-Außenpolitik und den Anschlägen des 11. September mit dem Titel „Zum Terror verdammt?", die in Kürze erscheint und schon jetzt vorbestellt werden kann (mailto: IMI@imi-online.de). IMI e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen, Telefon: 07071-49154 Fax: 49159* ■

„Preußen im Weltmaßstab“

Ernst Niekisch (1889 – 1967) gilt vielen auch heute noch v.a. wegen seiner Teilnahme an der Münchner Räterepublik als – vielleicht etwas extravaganter – Linker. Das ist er nie gewesen, wie das soeben erschienene Buch von Michael Pittwald beweist. Niekisch war Mitglied in verschiedenen faschistischen Organisationen, aber zeitweilig auch in SPD und KPD. Eine schillernde Gestalt war er allemal – aber eine der völkischen Rechten.

Verschiedenste präfaschistische Strömungen entstanden um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, zu einem Zeitpunkt als die sozialistische Arbeiterbewegung zunehmend an Kraft gewann und rechte Verbände ihr etwas entgegensetzen wollten. „Dieses geschah durch die Zusammenführung von Nationalismus und Sozialismus in jeweils eigenständigen Politikkonzeptionen.“ Aus dieser Gemengelage entstanden u.a. der Nationalsozialismus, aber auch Niekischs artverwandte Ideen. Aus welchen Elementen bestand nun seine „Widerstandsideologie“?

Niekisch ging es stets um einen starken (deutschen) Staat; Staat setzt er als das absolute Ziel, das „in menschlich-irrationalen Wesensbestandteilen“ wurzele und ein unablösbares „eingeborene(s) Prinzip“ darstelle. Der Staat sei Ausdruck eines immer schon daseienden Volkstums. Ziel deutscher Politik solle „die Wiedergewinnung deutscher Unabhängigkeit, die Befreiung von den auferlegten Fesseln, die Zurückeroberung einer großen, einflußreichen Weltstellung“ sein.

„Geknechtetes deutsches Land, vergewaltigtes deutsches Volkstum will erlöst sein“, lautete Niekischs Kriegsruf. Die westlichen Demokratien stünden für Individualismus und Marxismus, Parlamentarismus und Demokratie. Das Westliche müsse aus dem deutschen Volk entfernt werden, ein „organische(r) Reinigungsprozeß“, der die „Volksgemeinschaft“ hervorbringe. Diese Obsession ging nach 1945 nahtlos in einen Antiamerikanismus über, so hieß es 1959, die Anlehnung an Amerika gefährde den „deutschen Volkskörper“. „Die überkommene deutsche Sonderart wird in zunehmendem Maße entwertet.“

Wie jede völkische Ideologie, sah auch jene Niekischs die Juden als Gefahr für das deutsche Volk. 1951 erschien in der DDR die „Europäische Bilanz“, in deren Ursprungsentwurf ein Kapitel „Juden“ stand (das vor Drucklegung entfernt wurde), worin Niekisch die bevorzugte Argumentation antisemitischer Hetzer neu aufwärmte: Im „jüdischen Volk“, in seinem „Blute“ lägen seine Eigenschaften, es trete als Einheit, mit einheitlichen Zielen auf. Die Juden unterwürfen „das andersgeartete Volk einer fremden Gesetzlichkeit“. Das „internationale Finanzkapital“ sei „verjudet“, und somit ein Instrument der Unterwerfung „fremder Völker“ unter jüdische Vorherrschaft.

Niekisch, dies macht den Unterschied zu anderen nationalistischen Strömungen deutlich, schlug stets ein Bündnis Deutschlands mit der Sowjetunion vor. Dies hatte vornehmlich taktische Gründe, denn um sich aus den Fängen des Westens zu lösen, brauche das 1918 bezwungene Deutschland Verbündete. Zum anderen war die UdSSR ebenfalls antiwestlich ausgerichtet. Niekisch konstruierte eine Wesensverwandtschaft zwischen seiner Staatsvorstellung und der sowjetischen Realität, die in ihrer Wirklichkeitsferne auch von heutigen Totalitarismustheoretikern kaum besser hätte ersonnen werden können.

Zuletzt muss noch ein Blick auf Niekischs sog. „Antikapitalismus“ geworfen werden. Niekisch verfocht die bedingungslose Unterordnung der Unternehmen unter die Staatszwecke. „Es ist nicht an dem, daß das Recht des Privateigentums grundsätzlich verneint werden sollte: kein

Zweifel aber soll darüber bestehen, daß das Recht des Staates turmhoch über das Recht des Privateigentums gestellt wird.“ Ein Industriearbeiter hatte keinen Grund, in Niekisch einen Freund zu sehen: Aufbauen könne der nicht, nur zerstören. Er bedürfe daher eines Führers. „Der Führer ist ihm alles und gibt ihm alles, der Führer ist die werthaltige Zahl vor den Unsummen der Nullen ...“

Bei diesem Weltbild muss es überraschen, dass Niekisch der NSDAP kritisch gegenüberstand. Neben der Differenz in der Haltung zur Sowjetunion war Niekisch v.a. nicht der Mann für die zweite Reihe, er sah sich selbst als Führer einer Bewegung. Somit war die NSDAP für Niekisch in erster Linie ein Konkurrent. Er betonte, dass ihre Sache eine gute sei, jedoch durch falsches Personal verdorben würde.

Die gestreiften ideologischen Facetten reiften in den 20er Jahren zur geschlossenen Theorie, v.a. in Niekischs Zeit beim „Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten“ und dem von ihm 1926 gegründeten „Widerstandskreis“. Obgleich Niekisch seine Position nach 1945 – er lebte in der SBZ/DDR – kaum abschwächte, ließ ihn seine einstige Gegnerschaft zu Hitler hier zunächst politisch Fuß fassen: Er trat in die KPD/SED ein, wurde Berater Grotewohls, war Abgeordneter des Volkskongresses und saß im Präsidium der „Nationalen Front“, sogar die VVN nahm ihn als Mitglied auf und an der Humboldt-Universität bekleidete er bis 1954 einen Lehrstuhl.

Pittwald sieht seine Arbeit „als Beitrag zur Analyse völkischer Denktraditionen in der deutschen Arbeiterbewegung“. Sie werden heutzutage fortgeführt u.a. in der sog. Querfrontstrategie, dem Versuch Rechter, mit Linken zu kooperieren, beispielsweise mit der Begründung, man stehe gemeinsam einem Feind gegenüber: dem bürgerlichen Staat, dem US-Imperialismus usw.

Pittwald verfügt über profunde Kenntnisse auch der heutigen nationalrevolutionären „Szene“. Und er ist einer der wenigen Autoren, die auch auf antifaschistische Publizistik zurückgreifen.

F ■

Michael Pittwald: Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium, PapyRossa Verlag, Köln 2002, 355 S., 20,50 EUR.

„Karrieren im Zwielicht“: Aus Eliten wurden „passable Demokraten“

Eine eher versöhnliche Bilanz zieht Norbert Frei zum Ausklang des von ihm herausgegebenen Buches „Karrieren im Zwielicht – Hitlers Eliten nach 1945“. Der Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum – durch Veröffentlichungen wie „Vergangenheitspolitik“ oder „Der Führerstaat“ international bekannt geworden – stellt mit Blick auf die Funktionseliten der Hitler-Zeit fest, dass nach der Gründung der Bundesrepublik nur wenige die „Einladung zur Anpassung“ ausgeschlagen hätten. Aus der Mehrheit seien im Laufe der Zeit „passable Demokraten“, aus einer Minderheit sogar wahre Liberale geworden. Das Projekt Bundesrepublik, so vernimmt man es von Norbert Frei, sei bis in die siebziger Jahre hinein entscheidend vom guten Willen einstiger Nazi-Förderer abhängig gewesen. Diese seien ihrer Verantwortung für das demokratische Gelingen alles in allem gerecht geworden, allerdings unter dem mehr oder weniger sanften Druck der entschlossenen Reformer.

Auch für die Entnazifizierungs-Aktivitäten der Alliierten findet Frei anerkennende Worte: In ihrer Hochphase wurden rund 250.000 Deutsche inhaftiert; eineinhalb Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren immerhin noch mehr als 90.000 in Gewahrsam.

Zwar sei nicht jedes Ziel der Säuberungspolitik erreicht worden, aber ihren Hauptzweck habe sie nicht verfehlt, nämlich „die klare normative Abgrenzung vom Nationalsozialismus, hinter die es ein Zurück nicht mehr gab". Deshalb seien die Jahre der Besatzung keine Zeit der Kontinuität gewesen, weder bei den Eliten noch in der deutschen Gesellschaft insgesamt. Nach Freis Ansicht hätten die Siegermächte mit ihren Entnazifizierungsbemühungen eine Zäsur gesetzt und unmissverständlich ihren Willen bekundet, „dem Nationalsozialismus in Deutschland keine Zukunft zu gestatten – und niemandem, der dazu weiterhin sich zu bekennen die Absicht hatte".

Auf den ersten Blick wirkt das letzte Kapitel des Buches „Karrieren im Zwielicht" in gewisser Weise als Bruch zu den restlichen knapp 300 Seiten. Denn auf ihnen wird eine Traditionslinie von der Nazi-Zeit bis in die Bundesrepublik gezeichnet, die verschiedene Berufsgruppen gemein hatten. Freis Autoren Tobias Freimüller, Tim Schanetzky, Jens Scholten, Marc von Miquel und Matthias Weiß nehmen sich der Mediziner und Unternehmer, der Offiziere, Juristen und Journalisten an. Was über deren tragende Rolle unter dem Hakenkreuz und die relativ problemlose Integration in die demokratische Bundesrepublik berichtet wird, ist nicht unbedingt neu. Dennoch sind die zusammengetragenen Einzelfälle wertvolle Beispiele für verpasste Gelegenheiten. Auch die Juristen als Wächter über Wahrheit und Recht kommen dabei nicht gut weg. Marc von Miquel gibt in dem Kapitel „Richter in eigener Sache" wenig schmeichelhafte Einblicke in das Bundesjustizministerium der frühen Jahre. „Die Besetzung einiger Abteilungen mutete wie ein getreues Abbild des Reichsjustizministeriums an und sparte auch schwer belastete Referenten nicht aus", beklagt von Miquel. So hatte Josef Schafheutle, Leiter der Strafrechtsabteilung, im Reichsjustizministerium das politische Sonderstrafrecht und Strafprozessrecht der NS-Zeit mit konzipiert. Und der im Bundesjustizministerium für Kartellrecht zuständige Heinrich Ebersberg hatte dem Nazi-Reichsjustizminister Otto Thierack als persönlicher Referent gedient.

Gerade die professionelle Cleverness, mit der in der Bundesrepublik die Vergangenheit verdrängt und vertuscht werden sollte, muss bestürzen. In dem Kapitel über Mediziner schildert Tobias Freimüller zum Beispiel den Fall des Arztes Helmut Hanauske-Abel. Er hatte im August 1986 in einem Artikel für eine britische Fachzeitschrift die ärztliche Pflicht zur Erinnerung an die NS-Medizingeschichte betont. Dafür wurde er von Ärzte-Funktionären in der Bundesrepublik heftig attackiert und am Ende sogar von der zuständigen Bezirksärztekammer Rheinhessen aus der Mitgliederliste gestrichen.

Der spezielle Reiz des Buches „Karrieren im Zwielicht", das eine für 2002 vorgesehene sechsteilige Fernsehdokumentation in der ARD begleitet, liegt jedoch in der differenzierten Betrachtung der so genannten Entnazifizierungsmaßnahmen und in der abgewogenen Beurteilung bestimmter Sachzwänge, auf die bei Säuberungsaktionen der Alliierten wohl zwangsläufig Rücksicht genommen werden musste. Der Versuch eines politischen Systemwechsels von außen, heißt es in dem von Norbert Frei publizierten Buch, sei auf eine Gesellschaft gestoßen, die sich mehrheitlich selbst noch nach dem Hitler-Attentat am 20. Juli 1944 unwillig gezeigt habe, mit der Bindung an die Nazi-Herrschaft zu brechen. Das eigentliche „Wunder" der Nachkriegszeit habe darin bestanden, dass – vor allem durch den zeitweiligen Ausschluss von Nazi-Funktionsträgern aus dem öffentlichen Leben – nazistische Ideen so weit geächtet wurden, „dass selbst die spätere Rückkehr der Ehemaligen die äußere Stabilität der bundesdeutschen Demokratie nicht mehr gefährdete".

Thomas Klaus ■

Norbert Frei, Karrieren im Zwielicht – Hitlers Eliten nach 1945. Campus-Verlag, ISBN 3-593-36790-4

:ostritt

Aus Insiderkreisen ist zu erfahren, dass die Bundestagsfraktion von CDU/CSU einen Antrag an den Deutschen Bundestag stellen wird, der die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibung vorsieht. Daraus kann man die Schlussfolgerung ziehen, dass Stoiber dies zum Wahlkampfthema machen will bzw. die Vertriebenenorganisationen einspannen wird. Die politische Linke sollte sich Gedanken machen, wie sie auf diese Strategie antwortet. Die Forderung „Das Münchener Abkommen für null und nichtig zu erklären" wäre eine inhaltliche Gegenantwort auf den gesamten inhaltlichen Vorstoß der Vertriebenorganisation. Der *Deutsche Ostdienst* macht nicht nur Stimmung sondern organisiert einen regelrechten Kulturkampf. In der vorletzten Ausgabe unter der Überschrift „Der böse Geist von Benesch wirkt fort". Im DOD Nr. 12 vom 22. März: „Vertreibung der Sudetendeutschen ist europäisches Thema ... So kommentierte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens die Entgleisung des tschechischen Außenpolitikers Miloslav Bednár auf dem deutschtschechischen Gesprächsforum letztes Wochenende in Berlin. Der der Deutschen Bürgerpartei (ODS) angehörende Bednár hatte dort erklärt, dass es zwischen den Städten München, Wien und Budapest eine „Achse des Bösen" gebe, weil die dortigen Regierungen stets auf den Unrechtscharakter der Benesch-Dekrete hinwiesen. Bednár spielte damit auf eine Formulierung des US-Präsidenten Bush an, demzufolge eine „Achse des Bösen" von den Staaten Irak, Iran und Nordkorea gebildet würden. „Dieser Vergleich ist eine Unverschämtheit", erklärte Stewens.

„Die Äußerung Bednárs ist innerhalb weniger Wochen nach den Verunglimpfungen der Sudentendeutschen durch Ministerpräsident Zeman und nach der Forderung des ODS-Vorsitzenden Klaus, die Benesch-Dekrete im EU-Recht zu verankern, die dritte Zumutung"."

DOD 12/2002 – jöd ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Umarmungsstrategien

Nation & Europa 3-2002

Zwei Themen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Märzausgabe von „Nation & Europa“: Die Einschätzung der sogenannten Schill-Partei und der Versuch, mit Antiamerikanismus die Diskussion um Friedenspolitik und Globalisierungskritik zu beeinflussen. Bei diesem Versuch verzichten die Autoren weitgehend auf ihre sonst gerne benutzte Begrifflichkeit, um nicht von vornherein als Faschisten enttarnt zu werden. Um so nötiger ist es, ihre Demagogie zu entlarven.

Deutlich wird diese Umarmungsstrategie in einer Rezension eines Buches aus dem linken Freiburger Ahriman-Verlag über „Kriegsverbrechen der Amerikaner und ihrer Vasallen gegen den Irak und 6000 Jahre Menschheitsgeschichte“, das überaus wohlwollend besprochen wird. Der Grund für die Begeisterung wird deutlich genannt: „Bemerkenswerte Worte aus dem Munde von Autoren, die der gängigen politischen Gesäßgeographie zufolge als radikalpazifistische Linke zu kategorisieren wären. Allerdings hilft solches Schubladendenken am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr weiter; der Widerstand gegen die Globalisierung und ihre Folgen zieht sich längst durch alle politischen Lager“. Die faschistische Rechte möchte als Teil dieses Widerstandes nicht nur akzeptiert werden, sondern vor allem ihre „Argumente“ einbringen.

Deutlich wird das auch bei *Franz Schönhuber*, der über die Bundestagswahl äußert: „Ich werde weder Stoiber noch Schröder wählen. Mit Ausnahme der Grünen und der PDS werde ich jener Partei meine Stimme geben, die der Amerikanisierung noch am glaubwürdigsten Widerstand leistet“.

Noch deutlicher wird *Jürgen Schwab*, der offensichtlich den radikalen Islamismus als Bundesgenossen sieht: „Möglicherweise könnte man – freilich nur in einem völkerrechtlich-historischen Vergleich – die Taliban mit der deutschen Wehrmacht und die Al-Quaida-Kämpfer mit den ausländischen Truppenteilen der Waffen-SS vergleichen“. Natürlich nur „völkerrechtlich-historisch“, aber allein die Tatsache dieses Vergleichs lässt ahnen, was der Autor bezweckt. Und noch ein Faschist muss zu einem Vergleich mit den Taliban herhalten: „Historisch gebildete Beobachter erinnern sich in diesem Zusammenhang an den amerikanischen Lyriker Ezra Pound (1885 - 1972). Wegen seines Eintretens für den Faschismus wurde er 1945 in einem Käfig öffentlich ausgestellt und danach, geistig völlig gesund, in ein Irrenhaus gesperrt. Erst 1958 wurde er wieder entlassen“.

Roland Wuttke veröffentlicht unter dem Titel „George W. Bush und die ‚Achse des Bösen‘: Rüsten für den 3. Weltkrieg“ einen Artikel, der unverändert in einer Zeitschrift der Friedensbewegung abgedruckt werden könnte. Worum es aber wirklich geht, kann man wenige Seiten weiter bei *Schwab* lesen: „Diese Entwicklung weg von der Zivilisation des klassischen europäischen Völkerrechts hin zur neuen Barbarei der ‚westlichen Zivilisation‘ hat einen jahrzehntelangen Vorlauf. So wurde ab 1919, als die Pariser Vorort-Verträge abgeschlossen wurden, und spätestens mit dem Briand-Kellog-Pakt von 1928 der Krieg geächtet und – noch entscheidender - der ‚Angreifer‘ als ‚Verbrecher‘ diskriminiert. Das richtete sich damals gegen das der Alleinkriegsschuld bezichtigte und mit erheblichen Reparationen und Gebietsabtretungen ausgeplünderte Deutsche Reich. Die Sieger selber dachten nicht daran, sich die Freiheit zum Angriffskrieg nehmen zu lassen. Das ursprüngliche europäische Völkerrecht war darauf angelegt, den Krieg zu ‚hegen‘ und den Feind – ob als Kombattant oder als Nicht-Kombattant – als Rechtsperson zu achten.... Davon war 1946 in Nürnberg keine Rede mehr. Dort saßen die Sieger über die Besiegten zu ‚Gericht‘“.

Seit der Hamburger Richter Ronald Schill seine „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ gründete, wurde er von den meisten Altrechten eher als lästige Konkurrenz betrachtet. Das scheint sich zu ändern. *Klaus Hansen* äußert sich positv zur „Schill-Partei“: „Nun aber greift Schill gegen die Intentionen der CDU/CSU über Hamburg hinaus, tritt zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt an, gründet Parteiverbände in ganz Deutschland und bekennt sich in Interviews zur rechten Position im Parteienspektrum“. Außerdem gibt er gutgemeinte Ratschläge: „Der Hamburger Anfangsschwung mag einige Monate tragen, länger nicht. Rasche Anschlußerfolge sind überlebensnotwendig. Wichtig ist es, sich nicht in die Defensive drängen zu lassen. Oft genug haben rechte Parteien ihre ohnehin spärlichen Kräfte in der Selbstverteidigung vergeudet. Zu bekunden, man sei gar nicht so schlimm, wie es der politische Gegener darstelle, ist ein fruchtloses Unterfangen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Genau dieser Gegner muß durch unablässige Attacken entnervt werden. Umso unabdingbarer ist der schnelle und umfassende Aufbau einer schlagkräftigen Parteiorganisation... Dazu werden viele Köpfe und Hände benötigt. Die Frage ist nicht, ob Schill auch außerhalb Hamburgs Chanchen hat; die Frage lautet nur, ob er diese Chancen zu nutzen weiß. Von den Altparteien und ihren Medien hat er dabei nichts zu erwarten...“.

Das scheint Schill sich zu Herzen genommen zu haben. Im „Focus“ äußerte er sich so, dass „N&E“ ihn kommentarlos zitieren kann: „Ich habe viele ausländische Freunde. Aber wir brauchen Ausländer, die uns nützen, und keine, die uns ausnutzen. Durch die unkontrollierte Zuwanderung in den vergangenen Jahren, an der auch die CDU/CSU maßgeblich beteiligt war, haben wir heute in Deutschland eine importierte Arbeitslosigkeit und Kriminalität nie gekannten Ausmaßes erreicht. Deutsche Politiker haben sich angemaßt, mit dem Kelch der Barmherzigkeit, gefüllt mit Steuergeldern, auf der ganzen Welt Menschen zu ermuntern, nach Deutschland zu kommen“.

Bei solchen Positionen wundert es nicht, wenn hessische Mitglieder der Schill-Partei gemeinsam mit Funktionären der Republikaner und dem N&E-Herausgeber Harald Neubauer an einer Tagung der „Deutschen Aufbau-Organisation“ des Dr. Alfred Mechtersheimer teilnehmen und auch folgendes Lob der Schill-Partei aus der „Nation und Europa“-Rubrik „Eurorechte im Blickpunkt“ vermag nicht zu überraschen: „Neue Aussagen klingen vernünftiger, und wenigstens ehemalige Aktivisten des Bundes Freier Bürger sind mittlerweile bei Schill an Bord. Wer die politische Szenerie kennt, weiß, daß es ganz ohne ‚Ehemalige‘ nicht gehen wird“.

tri ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 - 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507